

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inflation-Gebühr**  
 beträgt für die schlaggebende Kolonelle oder deren Raum 30 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 20 Pfg. (zweiwöchige 2 festgedruckte Worte), jedoch weitere 10 Pfg. für Stellenangebote und Geschäftsvermittlung. Bei 10 Pfg. werden weitere 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Im neuen Parlament.

Aus Wien wird uns vom 25. Juli geschrieben:  
 In der sengenden Hitze dieser schrecklichen Hundstage hat das neue Parlament seine Tätigkeit aufgenommen und hält, wenn auch mit sichtlichem Unlust, doch fleißig Sitzungen ab. Aber es war mehr eine Einberufung, um den neugewählten Abgeordneten die Ehrbezeugung zu leisten; zu einer der Zeit oder den Leistungen nach umfangreichen Arbeit wird es natürlich nicht kommen; dazu ist der September denn doch zu ungeeignet. Eine gesetzgeberische Arbeit mag immerhin fertiggebracht werden: die Erledigung der Bankvorlage, die schon im Dezember des vorigen Jahres „unerlässlich“ war. Es handelt sich um die Erstredung der zwischen Österreich und Ungarn obwaltenden Bank- und Geldgemeinschaft, ausgedrückt in dem Münzvertrag und in der gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Bank, die seit Ende des Jahres abgeschlossen ist und leither eigentlich in der Luft schwebt; zuerst ist die Erledigung in Ungarn verzögert worden, dann hat sie die Auflösung des Abgeordnetenhauses in Österreich verhindert. Zu erwarten ist dann weiter eine erregte Debatte über den *Mord in Drohobycz*, wo zum Schutze elender Wohlthäter von der gewissenlosen Soldateska sechsundzwanzig Menschen erschossen wurden; um eine nicht minder erregte Debatte über die alte und neue Fleischnot. Die neue ist dadurch entstanden, daß die im vorigen Jahre erkämpfte, wenn auch beschränkte Zulassung der Einfuhr von argentinischem Fleisch wieder zurückgezogen worden ist. Das Einfuhrverbot, formell vom österreichischen Ackerbauminister erlassen, geschieht auf Befehl der ungarischen Regierung, der gemäß einer sehr gewählten Auslegung des Gesetzes das Mitbewilligungsrecht zugestanden worden ist, und die dabei selbstverständlich nur an die Interessen der ungarischen Junker denkt. Die Entrüstung über das volksfeindliche Verbot ist dadurch natürlich nur noch leidenschaftlicher geworden, und wie mächtig sie in der Arbeiterschaft tobt, hat man gestern in einer Riesensammlung in dem größten Wiener Saale, dem Sophien-saale, gesehen, wo mehr als zehntausend Menschen anwesend waren und die Reden in wildem Jota aufschäumten. . . . Mit den drei Debatten wird das Arbeitspensum der Sommer-session wohl beendet sein. Insbesondere ist es ganz ausgeschlossen, daß die Verhandlung der Wehrvorlage, die in der Thronrede den Abgeordneten so energisch ans Herz gelegt worden ist, noch in dieser Session begonnen werden könnte. Das verbietet sich schon deshalb, weil gegen die Vorlage im ungarischen Parlament eine wilde Obstruktion begonnen hat, deren Ende und Ausgang heute nicht abzulehen ist, die aber natürlich die Luft nicht mehrt, sich an die volksbelastende Vorlage in Österreich zu machen. Die wahren Sorgen kommen erst im Herbst daran.

Trotzdem sind auch aus der kurzen Session die Konturen der sich bildenden neuen Parteigruppierung zu erkennen: die alte Wienerthmehrheit ist tot, eine neue ist noch nicht gefunden. Die Auswertung im Ministerpräsidium hat die frühere scharfe Spannung nach einer Richtung ohne Zweifel gemildert. Es war der Kunstgriff des Wienerth, eines im ganzen höchst unbeträchtlichen Menschen, daß er sich der deutschen Bourgeoisie, als ein „deutscher“ Minister eingeredet hat; mit der Vorpiegelung hat er ebenso ihre Herzen wie ihre Stimmen gewonnen. Das hatte nun wieder zur Folge, weil in Österreich die Liebe des einen der Haß des anderen ist, daß er von den Tschechen und Südlawen aufs heftigste befehdet ward; haben sie doch zum Zweck des Sturzes des „deutschen Systems“ ein eigenes Trubündnis, die sogenannte Slawische Union gegründet, der freilich ein Erfolg nie beschieden war. Auf diese, wenn man so sagen darf, prinzipielle Gegnerschaft wird der neue Premier, der Freiherr von Gautsch, der nun zum drittenmal das Quartier in der Herrengasse bezog, nicht stoßen: wenn er nicht gleich die Freundschaft der Tschechen findet, so braucht er sich doch vor keiner verbissenen Feindschaft zu fürchten. Zugug hat er schon gefunden: die Südlawen, und die Ruthenen, die gegen Wienerth in bestiger Opposition standen, haben, wie die ersten Abstimmungen im Hause zeigten, ins Regierungslager schon „heimgefunden“. Dagegen hat Gautsch einen wichtigen Bestandteil der Wienerth'schen Regierungstruppen noch nicht anzuwerben vermocht: die Christlichsozialen, die in gouvemenentaler Bestimmung ergraut sind. Spreizen sich jetzt und wollen sich „freie Hand“ vorbehalten. Ihr Schicksal ist ja überhaupt besammerungswürdig. Bekanntlich hat Wienerth das alte Haus zu dem edlen Zwecke und aus der moralischen Absicht aufgelöst, den deutschen Sozialdemokraten mindestens zwanzig Mandate abzunehmen, die er seinen Getreuen, auf der einen Seite den (sogenannten) Freiheitskämpfern, auf der anderen den Christlichsozialen zuzuwenden hoffte. Aber es kam, wie es so oft in Österreich kommt, anders als es sich der gescheite Herr von Wienerth gedacht hatte: die Sozialdemokraten blieben bis auf unbeträchtliche Schlappen ungeschwächt und die braven, treuen und patriotischen Christlichsozialen gingen in die Luft. Es leidet nun keinen Zweifel, daß auch Wienerth an der christlich-sozialen Niederlage zugrunde ging; dem Mantel mußte der Herzog nach. Neugierlich hat sich Wienerth's Sturz als die Folge des theoretischen Ausprägens der Christlichsozialen aus der Wehrheit dargestellt, so daß wir die positive Wirkung wahrnehmen, daß Wienerth seine getreueste Partei

umgebracht hat, und die Christlichsozialen ihrem willfährigsten Minister den Kopf abgeschlagen haben. Nun pendeln die christlichsozialen Reste zwischen den Wünschen, sich an den bürgerlichen Besiegern zu rächen und ihren patriotischen Gewöhnungen und Verpflichtungen, die sie heißen, jede Regierung zu unterstützen, hin und her. Aber sie werden schließlich doch zu Kreuze kriechen und Gautsch ebenso emsig dienen wie noch in Wienerth. Inzwischen schreitet der Verleugungsprozess bei ihnen vor und wenn sich die Dinge weiter so entwickeln, wie sie sich von den Wahltagen an angefangen haben, so wird von der einstigen geschlossenen, weg- und zielbewußten Wiener christlichsozialen Partei bald nichts mehr vorhanden sein.

Aber sein eigentliches Gepräge wird das neue Parlament von den Gegensätzen, dem Haße und dem Kampfe des berüchtigten „Nationalverbandes“ gegen die Sozialdemokratie empfangen. Der Nationalverband ist heute, nachdem die Christlichsozialen auf eine reine Bauernpartei reduziert worden sind, die eigentliche deutsch-bürgerliche Partei. Eine Partei — das scheint freilich zu viel gesagt; enthält er doch in sich etwa vier Parteien, deren Gemeinsamkeit der nationale Chauvinismus ist und die freiheitliche Bestimmung (was man halt in Österreich freiheitlich nennt) sein will. Aber das eigentliche, wahre, und in allen seinen Lebensäußerungen sichtbare Merkmal der Nationalverbänder ist der Haß gegen die Sozialdemokratie, ein giftiger, zugelloser Haß, der keine Skrupel kennt, und sich keine Schranken auferlegt. Dieser Kampf zwischen der Partei des Proletariats und der Partei aller Ausbeuter, der schon, mit alleiniger Ausnahme von Niederösterreich, die Wahlen im ganzen deutschen Gebiet beherrscht hat, wird im Parlamente weitergehen und seine Arbeiten im größten Maße beherrschen. Es wird kein leichter Kampf für unsere Fraktion sein, und wie an die ganze Partei wird er auch an unsere Vertreter im Parlamente die größten Anforderungen stellen. Schwere und ernste Zeiten kommen für die österreichische Sozialdemokratie heran.

## Ein Bärenschwindel.

Herr Erzberger selbst hat bis jetzt auf unsere Festnagelung seiner famosen Staatsbedarfsfünfte noch nicht geantwortet. Er findet es offenbar rationeller, sich durch einen ungenannten Klopfschreiber in einem Leitartikel der „Germania“ herausheulen zu lassen. Das ist nicht nur vorstichtig, sondern auch bequemer. Gätte Herr Erzberger persönlich geantwortet, so hätte er wohl oder übel auf unsere Argumente etwas näher eingehen müssen. Sein Eideshelfer in der „Germania“ dagegen glaubt das nicht nötig zu haben, er bedient sich vielmehr der ebenso genialen wie gewissenhaften Methode, unsere Polemik gegen Herrn Erzbergers Darstellung dadurch zu „widerlegen“, daß er im wesentlichen dessen Behauptungen noch einmal wörtlich wiederläut. Diese originelle Art, die Wichtigkeit einer bestimmten Behauptung zu beweisen, ist natürlich auch nur dadurch möglich, daß die ehrenwerte „Germania“ die Ausführungen des „Vorwärts“ nicht nur total verflümmelt und entstellt, sondern in der Hauptsache sogar geradezu fälscht. Solch jammervoller Federtricks konnte sich selbst ein Herr Erzberger nicht bedienen — der Sekundanteneifer der „Germania“ dagegen brauchte keinerlei moralische Gebote zu respektieren. Daß sich Herr Erzberger nebenbei auch den „gewaltigen Unterschied zwischen dem Abgeordneten Erzberger und dem Finanzgenie des „Vorwärts““ testieren und seine Sachkenntnis gegenüber der Ignoranz des armen „Vorwärts“-mannes herausstreichen lassen konnte, war ja auch ein für einen bescheidenen Mann wie Herr Erzberger nicht ganz zu verachtender Vorteil.

Beginnen wir mit der stärksten Leistung der „Germania“, der Fälschung unserer Darstellung. Da schreibt das Blatt:

„Dann sucht er (der „Vorwärts“) einen Beweis für seine Behauptungen anzutreten und spricht nun — man höre und staune! — von dem „Ordinarium des Staats“, und was darüber in der Denkschrift der Regierung gesagt ist. Das Finanzgenie des „Vorwärts“ weiß also bis zur Stunde nicht, daß der außerordentliche Etat und die Anleihe im Extraordinarium stehen, und daß er lange das Ordinarium durchlesen kann, bis er die Anleihen findet. Solche himmelschreiende Unkenntnis ist uns noch nie begegnet; man muß Mitleid mit den „Vorwärts“-lesern haben, daß ein solcher Stümper sie unterrichten darf.“

Das ist eine Fälschung, eine bewusste Fälschung. Herr Erzberger hatte bekanntlich behauptet, das Finanzergebnis für das Jahr 1910 nicht nur, sondern für das ganze Finanzquinquennat sei ein „aber alles Erwarten“ günstiges, ein viel besseres sogar, als das in dem Reformplan der Regierung“ gelegen habe. Denn der Reformplan der Regierung habe mit einer Anleihe von 762 Millionen gerechnet, während nunmehr aller Voraussicht nach der Anleihebedarf ein viel geringerer sein dürfte.

Dazu bemerkte der „Vorwärts“ in der Nr. 169 wörtlich: „Die 762 Millionen angeblich in Aussicht genommener Anleihen entstammen offenbar der Berechnung der Zukunftsbelastung des Reiches aus bereits erfolgten Bewilligungen und aus den ersten Anforderungen im Etatsentwurf für 1909“, die der Finanzreformkommission als Material zugegangen war. Diese 762 Millionen sind die Beträge, die nach den bestehenden Grundsätzen auf den außerordentlichen Etat zu übernehmen, also durch Anleihe zu decken waren. Wenn aber Herr Erzberger nun einfach behauptet, diese 762 Millionen stellten ein reines Defizit dar, mit dem der Reformplan der Regierung von vornherein gerechnet habe, und dies Defizit werde uns nur dank der glänzenden Resultate der schwarz-blauen Finanzreform erspart bleiben, so ist das nichts als oberflächster Zauber.“

Die Auszeichnungen durch Sperrdruck in dieser Stelle fanden sich auch bereits in unserer Nr. 169. Trotzdem also hier der „Vorwärts“ selbst durch Sperrdruck hervorhebt, daß die Anleihe von 762 Millionen sich im außerordentlichen Etat, lateinisch Extraordinarium genannt, befindet, besitzt die fromme, wahrheitsliebende „Germania“ die bodenlose Frechheit, zu behaupten, der „Vorwärts“ suche die Anleihe im ordentlichen Etat, habe also keine bloße Ahnung davon, daß sie im Extraordinarium zu finden sei. Eine so unverschämte Lüge kann die „Germania“ ihren Lesern nur deshalb aufstacheln, weil sie weder hier noch anderwärts mittelst, was wirklich im „Vorwärts“ gefunden hat.

Natürlich fiel es dem „Vorwärts“ gar nicht ein, die nach der Denkschrift (die der „Vorwärts“ ja selbst genauer namhaft gemacht hat) notwendige Anleihe von 762 Millionen zu bestreiten. Was er bestreitet, war vielmehr der „oberflächliche Zauber“ des Herrn Erzberger, völlig zu verschweigen, daß dieser Anleihe im Extraordinarium gerade nach dem detaillierten Reformplan der Regierung eine durch den ordentlichen Etat bereitzustellende und zu deckende Schuldentilgung von 604 Millionen gegenüberstand, wodurch der wirkliche Anleihebedarf, das „reine Defizit“, wie wir uns ganz unmissverständlich ausdrücken, auf 200 Millionen zusammenschumpfte! Diese Schuldentilgung eben hatte Herr Erzberger von der Anleihe abzuziehen unterlassen, um den Effekt der schwarz-blauen Finanzreform, die vorausichtlich keine Anleihe in der Höhe von 62 Millionen erheische, in bengalischem Bräunfeuer erstrecken zu lassen.

Das alles hatten wir so weislich und klar dargelegt, daß selbst die „Germania“ uns nicht widerstehen konnte. Freilich, hätte sie eine sachliche Auseinandersetzung versucht, so hätte sie Herrn Erzbergers Taschenspielertrick eingesehen müssen. Das wäre ihr zu schwer angekommen — minder schwer fällt es ihr schon, zu fälschen und zu lügen, daß sich die Ballen biegen.

Daß aber bei der „Germania“ die Dummheit der Unerschlichkeit die Stange hält, beweist der haarsträubende Widdian ihrer folgenden Behauptung:

„Nach der Finanzreform von 1909 sollten die abgerundeten Matrikularbeiträge von 1909 in den Jahren 1911, 1912 und 1913 getilgt werden; der Etat für 1911 enthielt die erste Ausgabe zu diesem Zweck in Höhe von 85 Millionen Mark. Nun aber hat bereits das Jahr 1910 einen solchen Ueberschuß gebracht, daß die Gesamtsumme dieser Schuldenlast getilgt werden kann. Was also nach dem bestehenden Gelehe erst 1913 erreicht werden sollte, ist schon 1911 erreicht worden, und trotzdem bringt der „Vorwärts“ es fertig, die großartige Entdeckung zu machen, daß die Reichsfinanzen sich ungünstiger entwickelt haben, als es der Reformplan der Regierung annahm! Mit einem solchen Schwindelhuber kann man einfach nicht mehr debattieren.“

Solches Zeug hat selbst Herr Erzberger nicht zu behaupten gewagt. Durch die Reformnahme von 118 Millionen im Jahre 1910 soll das Reich in die Lage versetzt worden sein, bereits im Jahre 1911 die volle Matrikularschuld aus dem Jahre 1909 (126 Millionen) zu tilgen, die nach den Schuldentilgungsbeschlüssen des Schnapsblocks erst 1911 bis 1913 getilgt werden sollte! Und wie liegen die Dinge in Wahrheit?

Der Anleihebedarf für 1910 betrug nach dem Etat (und zwar abzüglich der 82 Millionen „Schuldentilgung“, die nicht getilgt, sondern vom Anleihebedarf in Abzug gebracht wurden) 148 Millionen. Ziehen wir davon den Ueberschuß ab, so bleibt noch immer ein Anleihebedarf von 80 Millionen. Oder wenn wir selbst den Anleihebedarf für verbundene Zwecke in Höhe von 82 Millionen Mark gleich Herrn Erzberger einfach aus der Anleiheberechnung ausschalten, bleibt gleichwohl nur eine wirkliche Schuldendeckung von — 2 1/2 Millionen! Und diese 2 1/2 Millionen sollen das Reich in die Lage versetzen, im Jahre 1911 nicht weniger als 126 Millionen zu tilgen! Der Zentrumsstribun, der dergestalt aus Häuerung Gold zu machen versteht, sollte wirklich Finanzminister werden. Herr Erzberger wird sich freilich hinter den Ohren kratzen und den Stoßseufzer von sich geben: Gott schütze mich vor meinen Freunden!

## Die Marokkoaffäre.

### Der Friede in Gefahr?

Unser Londoner Korrespondent meldet:  
 Ich erfahre aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die englische Regierung vor einigen Tagen ein Ultimatum an die deutsche Regierung gerichtet hat, worin sie unter Androhung des Krieges die Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus Agadir fordert. In diesem Lichte ist die Rede Lord Georges in der Guildhall zu betrachten. Wenn eine der verlässlichen Stützen der englischen Friedenspartei aus einem sorgfältig vorbereiteten Manuskript so schwerwiegende Worte vorträgt, dann darf sich die Welt darauf verlassen, daß die Lage in der Tat bitter ernst ist. Die anderen Mächte sind von dem Schritt der englischen Regierung verständigt worden.

Auf die Aussdauer auch des friedliebenden Teiles der englischen Bürgerchaft ist in der Stunde der nationalen Erregung kein Verlaß. Der heutige Leitartikel der „Daily News“ zeigt leider, daß der Pazifismus der englischen Liberalen zusammengebrochen ist; nur der „Manchester Guardian“ leistet noch energischen Widerstand.

Der Mittelpunkt der Gefahr liegt also augenblicklich in London. Daß die ewig von Friedensbetreibungen triefende englische liberale Regierung sich zu einem solchen Vorgehen entschlossen hat, zeigt uns, was wir von der Friedensliebe der herrschenden Klassen in dem einen wie in dem andern Lande zu halten haben. Allein, es wäre verkehrt, wenn sich die

internationale Arbeiterschaft durch die wechselnden Schachzüge der verschiedenen Regierungen in ihrer prinzipiellen Stellungnahme beirren ließe. Die englische Regierung muß natürlich vor allem zur Nechenschaft gezogen werden. Wir können uns darauf verlassen, daß die englische Arbeiterpartei in diesem kritischen Augenblicke ihren Mann stehen und die Internationale nicht enttäuschen wird.

Die deutsche Arbeiterklasse wird wissen, was sie zu tun hat. Die deutsche Regierung war es, die den Blindstich an das internationale Pulverfaß gesetzt hat, indem sie ohne jede Warnung vor Agadir die gepanzerte Faust schwang und die übrigen Mächte mit einer vollendeten List überlistete. Sie mußte wissen, daß sich England an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlen würde, und sie konnte doch unmöglich sich der eiteln Hoffnung hingeben, daß der leere Schein Kampf um die Oberhandfrage die bestehenden Klassen Englands entzweien und die Stellung der Regierung nach außen hin auch nur im geringsten schwächen würde.

Auch dem französischen Proletariat fällt eine gewaltige geschichtliche Aufgabe zu, und die Umstände begünstigen gerade seine Bestrebungen am meisten. Frankreich kann die Lage auf zweierlei Weise retten. Erstens in Marokko selber, wenn es seinen Kolonialraubzug einstellt und der deutschen Regierung gegenüber eine nachgiebige Haltung einnimmt. Und zweitens, wenn es auf die englische Regierung im friedlichen Sinne einzuwirken und sie von weiteren verhängnisvollen Schritten abzuhalten sucht. Der heutige Leitartikel der jingoiistischen „Times“ läßt klar erkennen, daß auch die englische Regierung einiger Konzessionen Frankreichs an Deutschland nicht im Wege stehen würde, wenn Deutschland auf seine Forderung, sich ungeheure Gebiete französischen Besitzes anzueignen und das ganze internationale Machtverhältnis mit einem Schläge zu seinen Gunsten und zu Englands Ungunsten zu verschieben, verzichtet. Diese Sachlage bietet dem internationalen Proletariat die Basis zum entschlossenen und einmütigen Handeln. Den herrschenden Kreisen aller drei Staaten muß rechtzeitig zu verstehen gegeben werden, daß die Völker entschlossen sind, ihr Schicksal in dem Augenblicke in die eigenen Hände zu nehmen, wo die gewissenlosen Machthaber das Wohl von Nationen mutwillig aufs Spiel setzen.

#### Warnnachrichten.

London, 26. Juli. Nach einer Meldung der „Times“ hat die Admiralität dem gegenwärtig vor Cromarty (Schottland) befindlichen Geschwader, das eigentlich nach Norwegen abgehen sollte, den Befehl gegeben, südwärts nach Portsmouth zu drehen, wo sich das Panzerschiff „London“ schon befindet. Die Flotte besteht aus vier Panzerschiffen und sieben Kreuzern unter dem Befehl des Admirals Belliere.

In Debonport wird erzählt, daß die Mannschaften gewisser Schiffe der Kanalflotte den Befehl erhalten hätten, sich auf das erste Zeichen bereit zu halten.

London, 26. Juli. In verschiedenen Kreisen erregte eine gestern erfolgte Ankündigung des Direktors vom Lloyd Kuffen, daß nach fünfzehn Tagen das Kriegsrisiko nicht mehr in die Versicherungen einbezogen ist.

London, 26. Juli. Im Hinblick auf den Umstand, daß Lloyd bei Schiffversicherungen das Kriegsrisiko nach dem 9. August zu übernehmen ablehnte, was von einigen Zeitungen mit der marokkanischen Angelegenheit in Zusammenhang gebracht wurde, wird von der „Financial Times“ erklärt, daß es sich um eine lediglich finanzielle Transaktion handele.

London, 26. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist infolge einer Wendung in dem Programm der Bewegungen der Heimats- und der atlantischen Flotte vor einigen Tagen beschlossen worden, den Plan eines Besuchs der atlantischen Flotte in den schwedischen und norwegischen Häfen fallen zu lassen. Man erklärt, daß diese Wendung keinerlei Beziehungen zu den jüngsten Ereignissen in Marokko hat.

#### Die Haltung Frankreichs.

So weit Nachrichten aus Paris vorliegen, scheint man die Situation dort ruhiger zu beurteilen als in England. Es werden sogar Stimmen laut, die behaupten, daß der französische Regierung die scharfe Stellungnahme Englands durchaus nicht unangenehm sei, und daß man sich in Paris von England „nicht in eine Sackgasse“ treiben lassen wolle. Es wäre nur zu wünschen, daß man in Frankreich kaltes Blut behielte und auch England vor allzugroßem Eifer warnte.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juli 1911.

#### „Können wir überhaupt noch mit?“

Diese charakteristische Aeußerung fiel auf dem am 23. und 24. Juli in Detmold abgehaltenen Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes, und zwar mit Beziehung auf die Frage, was die Kriegervereine tun könnten, den Vormarsch der sozialdemokratischen Bewegung aufzuhalten. Nicht aus dem Munde irgend eines beiläufigen Delegierten, sondern aus dem des stellvertretenden Vorsitzenden, des Geheimen Regierungsrats Westphal, der den General von Lindequist vertrat, über dessen briefliche Erklärung die Parteipresse bereits berichtet hat. Der Herr Geheimrat hatte vorgelesen, daß die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften im letzten Jahre um 235 000 gestiegen, ihr Vermögen um 14 Millionen gewachsen ist, und im stillen haßte er sich gewiß schon vorher ausgemalt, daß die liebwerten Kameraden in „Ihrer Majestät zweite Armee im Bürgerrock“ zu einer derartigen „Opferwilligkeit“ allein für die ausstehende Bekämpfung des Umsturzes denn doch nicht zu erziehen sein würden.

Alein sie wollen jetzt partout der Sozialdemokratie den Garaus machen, womöglich noch vor den Reichstagswahlen, die Herren mit der Kriegervereinsmütze und ordentlichem Dursch. So waren denn drei „praktische Vorschläge“ der vertraulichen Denkerarbeit entsprungen, von denen der eine im Hannoverschen, der andere in der Lausitz und der dritte beim Bundesvorsitzenden in Berlin selbst das Licht dieser verfluchten Welt erblickt hatte. Nummer 1 und 2 wurden aber während der Verhandlung zurückgezogen, wenn auch erst nach ziemlich lebhafter Debatte; der Antrag des Bundesvorsitzenden dagegen fand schließlich die Billigung der Krieger. Er lautet:

„Der Bundestag beauftragt den Vorstand mit der Ausarbeitung eines Projektes für die Errichtung einer Versicherung- und Fürsorgekasse für die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie gefährdeten Kameraden-Arbeiter, und mit der Vorlegung dieses Projektes auf dem nächsten Bundestage.“

Die unter den Tisch gefallenen beiden Anträge bezweckten ungefährt dasselbe: der aus Hannover wollte ein Kommissariat eingesetzt wissen, die darüber brüteten sollte, welche Einrichtungen vom Deutschen Kriegerbunde zur wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie getroffen werden müssen; der andere suchte den Abgeordnetentag gleich zu praktischen Taten zu animieren, indem er vorschlug, „vom 1. Januar 1912 ab eine Steuer von 10 Pf. pro Kopf und Jahr zur

Ansammlung eines Fonds zu heben, aus welchem die durch Aus-sperrung arbeitslos gewordenen Kameraden unterstützt werden können.“

Man sieht, die Herrschaften sitzen arg in der Zinte, und sie haben es schon so weit gebracht, daß sie nachdenken, was generaliter und spezialissime wohl zu geschehen habe, daß dieser entscheidende „Umsturz“ verschwinde.

Durch einige Bemerkungen, die in der Debatte gefallen sind, gewinnt das Bild der gegen den „Umsturz“ eifernden tapferen Krieger den Reiz vermehrter Anschaulichkeit. So hören wir einen gewissen Stadtschreiber Dr. Legtmeyer aus Hannover u. a. sagen: „Wenn wir den Dingen weiter den Lauf lassen, dann werden wir viele unserer Kameraden Arbeiter verloren geben müssen, dann müssen wir uns auch einmal auf den Darrladen mit denen herumhängen, die den Terrorismus und die rohe Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben.“

Schredlich, wenn Herr Legtmeyer mit seiner Anrede auf der Darrlade erscheinen würde. Aber er ist der Schlammstie nicht, denn er sagt auch, daß die Gewerkschaften viel geleistet haben, auch die freien, und daß sie „ein gutes Mittel zur Weiterbildung der Massen“ seien. Er charakterisiert aber andererseits auch die Kriegervereine ganz nett, wenn er behauptet:

„Schauen Sie einmal hinein in die kleinen Kriegervereine, die Krieger ist da unentgeltlich. Wir brauchen auch Rednerkurse. Wer spricht dem heute bei uns, da schläft ja alles ein!“

Schlieflich meint Dr. L., es wäre „bringend wünschenswert“, daß „unser fährenden Männer bei Sr. Majestät vorstellig werden und ein Wort für unser Kriegervereinswesen einlegen“. Als er dann aber von einem Manne ermahnte, der gesagt hat, es passe ihm nicht, von irgend einem Fuhrmann auf der Straße als Kamerad angerufen zu werden, — da suchte man ihn durch Unruhe und Schlaf-rufe aus dem Konzept zu bringen. Ein Professor aus Spremberg versicherte, die Besatzung drohe ganz besonders auf dem Lande; in zehn Jahren habe die Sozialdemokratie das flache Land erobert, — eine Bemerkung, die ihm den verzweifelten Jurus aus der Mitte der 400 Delegierten eintrug: Hat sie heute schon!

Dazu pöhten dann nicht übel die entsetzten Sätze des Geheimen Rats Westphal aus Berlin:

„Ist es überhaupt noch möglich, bei dem großen Wachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaften etwas durch die Unterstützung der Christlichen zu erreichen? Sind doch die sozialistischen Gewerkschaften im letzten Jahre um 235 000 Mitglieder gestiegen, ihr Vermögen von 50 1/2 auf 64 1/2 Millionen. Da entseht die Frage: Können wir überhaupt noch mit?“

Und diese Frage wurde wiederum mit einem bedeutungsvollen „Schr richtig!“ aus der Versammlung beantwortet. Inmitten, die Kasse soll gegründet werden, aber Herr Westphal betonte: „Sie müßte sich allerdings auf die Unterstützung bei Aus-sperrungen und nach Beendigung von Streiks beschränken, denn wir müssen neutral bleiben und haben mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu rechnen.“

Diese Worte bezeichnen die Sache am besten.

#### Wer trägt die Schuld an der Finanzreform?

Zeitweilig scheint den Schnapsblodpolitikern wegen der Wirkung der Finanzreform doch ihr schlechtes Gewissen zu schlagen. So kommt der Führer der Freikonserwativen, Freiherr v. Hedlich, in einem Artikel des „Tag“ zu folgendem Bekenntnis:

„Die einseitige, vor einer Schädigung anderer Zweige des heimischen Gewerbslebens nicht zurückstehende Weltendmochung der agrarischen Interessen bei der Reichsfinanzreform zeitigt den Gedanken einer gleichartigen Abwehrorganisation, ihm galt jene starke Strömung in allen Kreisen von Handel und Gewerbe, durch welche der Hansabund alsbald in den Sattel gehoben wurde. Ihn (den Völkerverbund) trug die durch den Mißbrauch der parlamentarischen Macht des Zentrums hervorgerufene populäre Strömung ebenso wie den Hansabund die durch die einseitige Interessenpolitik des Bundes der Landwirte entsetzte Gegenbewegung.“

Die Bündler werden dem Freiherrn dieses Bekenntnis einer schwachen Stunde schon heimzuzahlen wissen. Je näher die Wahlen rücken, je stärker wird wohl übrigens der Versuch der Blodbrüder werden, die Schuld an der Volkswirtschaft von sich auf andere abzuwälzen.

#### Majestätsbeleidigungsprozess.

Vor der Strafkammer in Rautenburg stand am Dienstag der Genosse Dehner aus Weipfels unter der Anklage, den Kaiser beleidigt zu haben. Am 19. März hat der angeklagte Genosse in einer Versammlung in Stredau referiert und ist im Verlauf seiner Ausführungen auch auf die Königsberger Kaiserrede gekommen. Nach den Angaben des Gendarmen, der die Versammlung überwacht hat, soll der Angeklagte den Kaiser mit Raitreffen in Verbindung gebracht haben. Genosse Dehner bestritt das ganz entschieden; er behauptete, diesen Ausdruck erst viel später und dann in einem Zusammenhange gebraucht zu haben, der ganz unzulässig auf den Kaiser bezogen werden konnte. — Diese Darstellung wurde von sechs Zeugen bestätigt. Demgegenüber beharrte der Gendarm auf seinen Angaben und zur Erklärung dafür, daß er genau aufgepaßt habe, fügte er noch hinzu, daß Dehner unmittelbar, nachdem er den intimierten Satz gesprochen, sich schon nach ihm umgesehen habe, um zu sehen, ob er Notigen mache. Er sei auch anfänglich bei seinen weiteren Ausführungen etwas verworren gewesen. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis. Nach etwa halbstündiger Veratung verurteilte jedoch das Gericht die Freisprechung.

In der Begründung des Urteils hob der Vorsitzende ausdrücklich hervor, daß das Gericht bei der Urteilsfindung lediglich den Aussagen der Polizeibeamten gefolgt sei. Demnach stehe fest, daß Angeklagter die intimierte Äußerung getan habe, aber nach denselben Behauptungen sei es auch Tatsache, daß Dehner unmittelbar nach dieser Äußerung sich so verlegen gezeigt habe, daß ihm offenbar erst dann zum Bewußtsein gekommen sei, was er getan habe. Das Gericht sei deshalb zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihm eine Entgleisung passiert und sein Handeln nicht mit Ueberlegung geschehen sei. Da diese aber zur Strafbarkeit vorhanden sein müsse, könne die Schulfrage nicht geahnt werden, so müsse Freisprechung erfolgen.

#### Ein schwerer Vorwurf.

In den Kreisen des organisierten Handwerks hat ein Erlaß des bayerischen Finanzministeriums große Erregung hervorgerufen. Nach den bayerischen Vorschriften können handliche Arbeiter und Lieferungen an Handwerkerorganisationen und ähnliche Vereinigungen unabhängig vergeben werden. In dem Erlaß kommt nun zum Ausdruck, daß das importierte Handwerk die Staatskasse bei der Ausführung von staatlichen Arbeiten und Lieferungen überborteilt habe!

Das Ministerium gründet diesen schweren Vorwurf auf die Ergebnisse der Veranschlagungen bei dem Bau oder Umbau von Rentamtgebäuden, und denen sich ergibt, daß trotz Aufzuges teilweise sehr hoher Einheitspreise in den Kostenvoranschlägen nur unerhebliche Erhöhungen erzielt wurden, mehrfach aber bedeutende Ueberschreitungen sich ergaben. Das Ministerium weist deshalb die Behörden an, in Zukunft die Arbeiten öffentlich auszuschreiben, wenn es nach „kurzen“ Verhandlungen mit den

betreffenden Gewerkschaften nicht gelingt, „angemessene Preisvereinbarungen“ zu treffen.

#### Landtagsergebnisse in Witten-Gattingen.

Bei der heutigen Erloßwahl für den verstorbenen national-liberalen Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Gaarmann-Witten wurde der national-liberale Bergwerksdirektor Knape gewählt. Er erhielt sämtliche abgegebenen Stimmen.

#### Frankfurter Kommunalreform.

Die letzte Sitzung vor den Ferien, welche die Frankfurter Stadtverordneten am Dienstagabend abhielten, verlief in recht „angeregter“ Form. Prof. Frommerts-Hausen erstattete für die „Wahrheit des sozialpolitischen Ausschusses“ Bericht, der mit „wenn und aber“ mit „einerseits und andererseits“ alle Forderungen der städtischen Arbeiter auf Ver-lürzung der Arbeitszeit abgelehnt hat. Nicht einmal der 9 1/2-Stundentag ließe sich nach diesem Bericht in Frankfurt durchführen. Genosse Hüttmann erläuterte darauf, wie in der Millionenstadt Frankfurt mit zweierlei Maß gemessen werde, wie man den Magistratsräten und höheren Beamten schneideweise Gehaltszulagen und noch weniger Arbeitszeit als den Achtstundentag gegeben habe, während man die Arbeiter mit schönen Redensarten abspießt. Das fälschlicherweise als „Stadt der Sozialpolitik“ bezeichnete Frankfurt konnte sich noch nicht einmal dazu bereifinden, den Leuten, die mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt sind, den Achtstundentag zu geben, der in anderen, viel kleineren Städten seit einem Jahrzehnt und darüber für bestimmte Betriebe eingeführt ist! — Nach dieser Rede rief die Galerie lebhaft Bravo!, worauf der Vorsitzende, Justizrat Friedleben, die Galerie räumen ließ. Als Antwort auf diese freisinnigen Äußerungen verließen die Sozialdemokraten den Saal und machten die Versammlung dadurch beschlußunfähig. Den Sozialdemokraten ist bekanntlich, trotzdem sie die weitestgehende Forderung im Hause Limburg darstellen, bei der Bureauwahl von den Freisinnigen nicht der Posten des zweiten Vorsitzenden angeboten worden. Es gibt kein Vertreter der Sozialdemokraten im Vorstand. Wo hieße freisinnigen Deutepolitiker die Wahrheit haben, gebürden sie sich keinen Deut anders wie die Junker.

#### Aus der militärischen Erziehungspraxis.

Mit einem hinterlistigen Ueberfall, der von Soldaten an einem Kameraden verübt wurde, hatte sich vorgestern das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps zu beschäftigen. Unter der Anklage der gemeinsamen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und des hinterlistigen Ueberfalles hatten sich die Musketiere Sambode, Beske, Schmiede und Arndt vom Bezirkskommando zu verantworten. Der Gemißhandelte war der Musketier Dürr. D. ist ein schlechter Soldat, der seinen Kameraden wegen seiner Nachlässigkeit schon manches Nachgezerrien und manchen Strafpöbel eingebracht hat. Die oben Genannten wollten sich nun an D. rächen und sie griffen zu einem Mittel, das öfter im Soldatenleben angewandt wird. Eines Nachts, als alles schlief, schlichen sich die vier Angeklagten nach dem Zimmer, in dem D. lag. Während Schmiede und Arndt draußen an der offenen Tür stehen blieben, warf Beske dem schlafenden Dürr die Decke übers Gesicht, damit er nicht sehen oder schreien konnte, und Sambode ließ nun eine Klopffelle unheimlich auf den entblößten Unterkörper des Kameraden niederfallen. Etwa fünfzehn Schläge versetzte er dem sich verzweifelt wachenden Musketier, der vor Schmerzen laut aufschrie. Am anderen Morgen bemerkte der Geschlagene Striemen am Körper. Anstatt die Uebelthäter zur Anzeige zu bringen, entfernte er sich aus der Kaserne. Aber schon am anderen Tage wurde D. wieder festgenommen. Er erhielt vier Wochen strenge Arrest. Die vier anderen Angeklagten betritten bis auf einen, sich an dem Ueberfall beteiligt zu haben. Dürr behauptete jedoch, daß die Schläge so schnell auf ihn niedergefallen seien, daß mindestens zwei Mann an den Mißhandlungen beteiligt gewesen sein mußten. Das Gericht sprach die Angeklagten Schmiede und Arndt, die anscheinend an der Tür „Schmiere“ gestanden haben, wegen mangelnden Beweises frei und erkannte gegen die beiden anderen Beschuldigten auf je drei Tage Gefängnis.

Daß durch solche lächerlich milden Strafen die Köpfeiten der alten Mannschaften gegen die Rekruten unterdrückt werden, ist selbstverständlich ausgeschlossen.

#### Aufmunterung und Erregung.

Wegen Mißhandlung und Beleidigung stand der wegen des gleichen Delikts schon vorbestrafte Bizefeldwebel Hoffmann vom 108. Inf.-Regt. vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der Angeklagte hatte einen Soldaten an den Hinterkopf geschlagen, daß dieser einige Zeit Schmerzen hatte und dazu geäußert: „Mit Euch grüne Jungens werde ich schon noch fertig!“ Schon vorher hatte er die Soldaten „Pausenjungen“ und „faule Bande“ genannt. Der Anklagevertreter führte aus, daß man hier „vorschriftswidrige Behandlung“ anzumehmen könne. Der Standpunkt des Reichsmilitärgerichts über den Begriff Mißhandlung sei zu weitgehend! Man könne dem Angeklagten wohl zugute rechnen, daß er nicht eine Mißhandlung, sondern eine... „tätliche Aufmunterung“ beabsichtigt habe!! Daß Gericht schloß sich dem an und erkannte auf... fünf Tage gelinden Arrest!! — trotz der Vorstrafe!

Eine ebenso milde Auffassung hatte das Gericht in einer andern Strafsache wegen Mißhandlung, die sich gegen den Trompeter-sergeanten Pfannenschmidt vom 18. Husarenregiment richtete. Dieser Angeklagte hatte einen Soldaten, der ihn nicht schnell genug bediente, eine so kräftige Ohrfeige versetzt, daß diesem das Wasser in die Augen trat und längere Zeit Schmerzen sowie einen roten Waden hatte. Der Angeklagte stülte den Schlag als einen „leichten Streich“ hin. Der Verteidiger meinte, nicht der Sergeant gehöre auf die Anklagebank — sondern der Soldat wegen seines unbotmäßigen Verhaltens!! „Zum Soldaten tat mir der Kerl (i) zu leid“ erklärte der Angeklagte. In Wirklichkeit hatte der Soldat nichts getan. Das Gericht nahm einen leichten Fall an, berücksichtigte die „Erregung“ des Angeklagten und warf ganze — — zehn Tage mildeeren Arrest aus!!

Berichtigung. Die Redaktion des „Berliner Börsen-Courier“ ersucht uns mitzutellen, daß der in unserer gestrigen Notiz „Samuel in der Klemme“ erwähnte jetzige Chefredakteur der „Berliner Börsenztg.“, Herr Samuel, niemals Chefredakteur, Redakteur oder Mitarbeiter des „Börsen-Courier“ gewesen, noch jemals zu diesem Blatt in Beziehungen gestanden hat.

#### Frankreich.

##### Zum Métrivier-Skandal.

Durch einen Artikel Griffoines wird noch folgende wichtige Einzelheit aus dem Leben und Treiben des Spigels bekannt: Am 20. Mai 1908 hatte sich Métrivier in den Dienst Clemenceaus gestellt. Knapp zwei Wochen darauf ist der Spigel als Gewerkschaftsführer (richtiger als Polizeispion) in Vignaux, wo am 2. Juni 1908 die Polizei ein furchtbares Blutbad unter den Arbeitern anrichtet und eine Anzahl Anständige todschlägt und -schleht. Die Arbeiter protestieren gegen das Gemetzel, und es wird der Beschluß gefaßt: einen Generalkrieg von 24 Stunden zu veranstalten, falls im Anschluß an das Polizeigemetzel auch noch eine Verhaftung vorgenommen würde. Am 27. Juli findet sich — den Behörden ging es wohl nicht unruhig genug zu — Spigel Métrivier wieder in Vignaux ein! In einer Versammlung hält er eine feurige Rede. Am Ausgang des Saales kommt es nach Schluß der Versammlung zu Reibereien und Zusammenstößen,

und Meibier wird — verhaftet! Damit sind die Vorbedingungen zur Ausführung des Jubiläumsgesetzes erfüllt, und am 30. Juli geht die Manifestation vor sich mit dem Erfolge, daß wiederum ein paar Arbeiterleben und viele verwundete Proletarier das Schlachtfeld bedecken. Am 1. August werden zahlreiche Verhaftungen, zumal von Streik- und Arbeiterführern vorgenommen, Clemenceau kommt also auf die Kosten und hat das schöne Geld an seinen Freund Meibier nicht umsonst aufgewendet.

Aus dieser Affaire können die Arbeiter aller Länder lernen, wie's gemacht wird!

## Portugal.

### Abschaffung der Ordensdekorationen.

Lissabon, 26. Juli. Die konstituierende Versammlung hat mit 81 gegen 76 Stimmen die Abschaffung aller portugiesischen Orden und Ehrenzeichen angenommen.

## England und Portugal.

Lissabon, 26. Juli. In der konstituierenden Versammlung erklärte der Minister des Aeußern in Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die Beziehungen zwischen Portugal und England, das Bündnis der beiden Länder sei niemals fester gewesen und die beiden Nationen knüpfen, so oft sie könnten, die Bande enger, die sie vereinigen.

## England.

### Kadavrienen im Parlament.

London, 25. Juli. (Fig. Ver.) Wenn die Konservativen Befreiung wollten, wie ohnmächtig sie sind und wie schlecht es um die Sache der Lords bestellt ist, so konnten sie dies nicht besser tun, als durch die Insignierung der Krawalle, die gestern die Verhandlungen des Unterhauses zu einer Farce machten. Die englischen Konservativen sind schlechte Verlierer. Sie haben die Partic gegen die Liberalen glänzend verloren und glauben nun, durch Koltern die Sache wieder gut machen zu können. Man kann die Stimmung der Leute wohl verstehen. Bisher hat ihnen das politische Glück stets gelacht. Verloren sie, so konnten sie sicher sein, daß die Lords das Glück für sie fortrigierten. Das soll jetzt anders werden. In Zukunft sollen ihre hohen Freunde nur noch zweimal die Korrektur vornehmen dürfen; beim dritten Male soll das Veto nicht mehr gelten. Das ist ein harter Schlag, der ein konservatives Herz wohl untröstlich stimmen kann. Daher die Kränen und der Spektakel. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Häufelührer nicht zu den besonnenen Elementen der konservativen Partic gehören. Der Mann, der die Obstruktion plante und durchführte, ist Lord Hugh Cecil, einer der Söhne Lord Salisbury's, ein verbissener High Churchman und arroganter Aristokrat. Vor drei Wochen schrieb er einen Brief an die „Times“, in dem er den Aktionsplan entwarf. In dem Briefe hieß es: „Es würde 100 Mitglieder leicht sein, die Verhandlungen im Unterhause durch beständige Unordnung aufzuhalten, wie es im Auslande gemacht worden ist. In normalen Zeiten würde dies nicht als redierfertiger sein. Aber wenn die Verfassung einmal durch den Mißbrauch des königlichen Vorrechts gebrochen worden ist, so gibt es nichts, was nicht an und für sich unmoralisch ist, was nicht als Gegenwehr zum Schutze der Rechte der Minderheit gerechtfertigt wäre.“ Man glaubt jetzt, aus diesem Briefe schließen zu können, daß die Obstruktion fortgesetzt werden wird. Herr Balfour scheint keine Autorität bei den Heißspornen seiner Partic zu besitzen, die ihn jetzt gern absetzen möchten. Als einer der letzten Abtrünnigen wird der junge Chamberlain, der frühere konservative Schachspieler, bezeichnet. Es dürfte jedoch recht fraglich sein, ob sich das englische Volk eine konservative Obstruktion lange gefallen lassen würde. Der sportsmännische Instinkt des englischen Volkes macht mit dem polierenden Verlierer kurzen Prozeß. Die Konservativen haben einen „fair knock-out“ bekommen, und wenn sie bei der Masse ihrer Anhänger ihr Ansehen nicht einbüßen wollen, so müssen sie ihr Schicksal mit Geduld ertragen.

## Dänemark.

### Zehn Jahre Systemwechsel.

Am 23. Juli waren zehn Jahre verflossen, seitdem Weiße Kreuze des dänischen Volkes von einem Jubelkauf ergriffen waren. Nach jahrzehntelangen heftigen Kämpfen zwischen der demokratischen Linken und der erzkonservativen Rechtenpartei hatte sich der König endlich herbeigelassen, ein Ministerium von Linkenmännern aus Kuder zu berufen. Die Anhänger der Linkenpartei kamen aus dem ganzen Lande in großen Scharen nach der Hauptstadt gestürzt, um dem König zu danken dafür, daß er endlich dem Willen der Volksmehrheit nachgegeben hatte. Unsere Parteigenossen mochten das selbstverständlich nicht mit, stimmten auch nicht ein in den allgemeinen Jubel, wiewohl sie froh waren, daß endlich der bürgerlichen Linken Gelegenheit gegeben wurde, als Regierungspartei ihr Programm durchzuführen oder dieses Programm im Stiche zu lassen und abzuweichen. Bei dem Dankfest der Linkenmänner in Kopenhagen sagte einer ihrer Führer, Wilhelm Lassen, der später Finanzminister wurde, jetzt aber verstorben ist: „Wir hoffen, daß die Leute von der Rechten immer die erbitterten Feinde dieses Ministeriums sein und bleiben werden. Es kann der Tag kommen, wo wir die Wahl haben, eine der Reformen, die auf unserem Programm stehen, im Stiche zu lassen oder einigen von der Oberklasse unter unseren Wählern vor den Kopf zu stoßen. An diesem Tage bitten wir die Regierung, nicht nachzugeben. Die 50 Stimmen von oben können wir entbehren. Aber versagen wir, dann gilt es den Verlust von 50 000 Stimmen der unteren Schichten, und die wollen und können wir nicht entbehren.“

In dem neuen Ministerium, dessen Chef Professor Deunher, ein bis dahin politisch wenig bekannter Mann war, saßen einige Leute, zu denen man damals schon wenig oder gar kein Vertrauen haben konnte. Da war vor allem der zu jener Zeit schon in überem Aufstiege, jetzt im Zuchthaus sitzende Alberti als Justizminister, und das Kriegsministerium sowie das Marineministerium waren nicht mit bürgerlichen Leuten, sondern mit Militärpersonen besetzt. Der neue Kriegsminister Wahlen war nebenbei Agent für Krupp in Essen und entpuppte sich bald als ein gefährlicher Militarist. Aber im übrigen gehörten die neuen Minister der Linken an, die Anfang der neunziger Jahre, als ein Teil der Partei mit der Reaktion hebdugelte, an dem alten autokratischen Programm festhielt. Der beste Demokrat unter den neuen Ministern, Görup, verließ bald nach dem Systemwechsel, einige andere, unter ihnen auch der Ministerpräsident Deunher, wurden mit der Zeit aus der Regierung verdrängt, und die am Kuder blieben, waren nicht die besten. Die Linkenpartei und ihre Regierung fanden nicht den Mut und die Kraft, ihr Programm durchzuführen. Sie ließen es im Stiche, verbanden sich mit der Reaktion, erzeuften sich an dem bunter Spielzeug von Orden und Titeln, statt sie abzuschaffen, wie es ihr Programm verlangte, und verzichteten lieber auf die 50 000 Stimmen der Unterklasse, um die kleine Oberklasse nicht vor den Kopf zu stoßen. Wohl sind im Laufe der zehn Jahre einige Reformen durchgeführt, aber nicht im Geiste ihres Programms. Die kommunale Wahlrechtsreform ist ein Fortschritt, aber sie ist Stückwerk, bei dem man der Oberklasse durch ein neues, wenn auch abgeschwächtes Privilegiertenwahlrecht Rechnung getragen hat. Auf kantischen Gebiete besteht nach wie vor das Zweiklassenwahlrecht zum Wahlen, und nicht einmal eine Reform des Festsitzerswahlrechts oder der Wahlrechtsstellung hat man durchgeführt, obwohl es das Programm der Linkenpartei ausdrücklich verlangt.

Statt Herabsetzung der Militärausgaben, auch eine der wichtigsten Forderungen des Linkenprogramms, ist eine ständige Steigerung dieser Ausgaben eingetreten. Als die Linke aus Kuder kam, waren es 19 Millionen Kronen, die jährlich für militärische Zwecke ausgegeben wurden, und jetzt für das laufende Budget sind es 33 Millionen. Das Programm verspricht eine Verbesserung der Altersversorgung, aber statt dessen arbeitet man jetzt daran, die Versorgung durch eine Versicherung zu ersetzen.

Die alte Linkenpartei hat abgewirtschaftet, und es ist aus ihr ein im Grunde genommen reaktionärer Nischmafch geworden. Die noch einigermaßen konsequent demokratisch gesinnten Männer sind ausgeschieden und haben eine neue, radikale Linkenpartei gebildet. Aber auch die Männer dieser neuen Linken werden nicht imstande sein, die demokratischen Grundzüge wirklich zur Geltung zu bringen. Sie gehören der Oberklasse an, und ihre Klasseninteressen werden ihnen schließlich die Wege weisen, die sie wandeln müssen. Die Klassengegensätze kommen immer mehr in der Politik zur Geltung und bilden die große Scheidelinie zwischen den Parteien. Die Sozialdemokratie steht an der Schwelle zur politischen Macht und wartet kämpfend die Zeit ab, da sie berufen sein wird, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Die Zeit liegt offenbar nicht mehr so fern, wie manche denken.

## Amerika.

### Ein deutsches Kriegsschiff nach Haiti.

Da in der Republik Haiti wieder einmal Revolution ausgebrochen ist, die jedenfalls der Herrschaft des jetzigen Präsidenten Simon ein Ende macht, haben einzelne Mächte Kriegsschiffe entsandt. Auch Deutschland hat dem zurzeit in Kanada befindlichen kleinen Kreuzer „Bremen“ Order zugehen lassen, sofort nach Haiti abzumachen, um die dortigen deutschen Staatsangehörigen zu schützen.

## Der Internationale Bergarbeiterkongreß.

London, 24. Juli 1911. (Fig. Ver.)

Heute wurde der 22. internationale Bergarbeiterkongreß im Westminster Palace Hotel eröffnet. Es waren etwa 150 Delegierte anwesend, die 900 000 organisierte Bergarbeiter vertreten. Die auf dem Kongreß vertretenen Länder sind: Großbritannien, Deutschland, Belgien, Frankreich, Oesterreich, Schweden und Holland.

Die Eröffnungssitzung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung, zugunsten des Völkerr Friedens. Edwards, der Vorsitzende des internationalen Verbandes, hob in seiner Begrüßungsrede besonders die Wichtigkeit internationaler Zusammenkünfte für die Erhaltung des Friedens und die Förderung des guten Einverständnisses zwischen den Nationen hervor. Der internationale Bergarbeiterkongreß müsse wie eine Bremse auf die Treibereien der Kriegshüter in allen Ländern wirken. J. A. M. E. D. in für Frankreich und Marville für Belgien schlossen sich den Ausführungen des Präsidenten an. Hue, der Vertreter der deutschen Bergarbeiter, wies in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede darauf hin, daß die Kriegshüter in Deutschland wie in anderen Ländern nur einen winzigen Teil des Volkes darstellten. Die große Masse des deutschen Volkes wünsche den Frieden. Nur einige Kapitalisten seien an der Ausbeutung Marokkos interessiert. Der deutschen Arbeiterklasse sei Marokko nicht die Knochen eines einzigen Arbeiters wert. Auch J. A. M. E. D., der Vertreter Oesterreichs, kam in einer Rede auf den bedrohten Frieden zu sprechen. Er wandte sich gegen das Rüstungsfieber, das in den letzten Jahren auch Oesterreich ergriffen habe, und befürwortete die Bekämpfung des Uebels durch den Ausbau und die Stärkung der Arbeiterorganisationen.

Bemerkenswert war das Erscheinen des Genossen August Siegel als schottischer Delegierter zum internationalen Kongreß. Der deutsche Bergmann August Siegel war einer der Gründer des deutschen Bergarbeiterverbandes; die deutsche Volkspartei trieb ihn aus seiner Heimat und seit 16 Jahren lebt er in Schottland. Die schottischen Bergarbeiter gedachten ihren deutschen Kameraden durch die Entsendung Siegels zum Kongreß eine freundliche Ueberraschung zu bereiten. Diese Aufmerksamkeit wurde von den deutschen Delegierten als ein neuer Beweis für die freundschaftlichen Gefühle, die zwischen der deutschen und britischen Arbeiterbewegung herrschen, empfunden. Die Eröffnungssitzung diente nur der Konstituierung des Kongresses; morgen (Dienstag) wird der Kongreß zur Beratung der Tagesordnung übergehen.

London, 25. Juli 1911.

### Zweiter Tag.

Die erste Frage, die auf dem Kongreß diskutiert wurde, war die Verstaatlichung der Bergwerke. Choquet (Frankreich) führte in der Begründung der von Frankreich gestellten Resolution aus, daß die französischen Bergarbeiter die Revision des Vergewerkes des Jahres 1810 anstrebten; sie verlangten, daß der Staat künftig keine Konzessionen an Privatinteressenten erteile. L. W. I. (Großbritannien) bemerkte in seinen Ausführungen, daß augenblicklich in seinem Lande die Verstaatlichung der Bergwerke von größerer Wichtigkeit sei, als in Großbritannien. Die Lage im britischen Bergbau sei derart, daß es über kurz oder lang zu einem Generalstreik aller britischen Bergarbeiter kommen müsse, um für alle Bergarbeiter einen auskömmlichen Lohn (Livingwage) zu erzwingen. Er wies nicht daran, daß es den mächtigen britischen Arbeiterverbänden gelingen werde, ihren Willen durchzusetzen. Aber eine der Folgen werde sein, daß 25 bis 30 Proz. der Gruben, die wenig rentablen Betriebe, still gelegt werden würden. Hier müsse der Staat eingreifen, die Gruben selbst betreiben, um der Verfallung des Nationalreichtums durch eine Verteilung der Vertriebsverlusten vorzubeugen. Der Kapitalismus selbst mit seinen Kartellen und Trusts weise dem Volke die Wege zu einer Wirtschaftsordnung, die den Forderungen der Arbeiter gerecht werden könne. Garbe (Deutschland) unterstützte im Namen der deutschen Bergarbeiter die Verstaatlichung der Gruben, wendet sich aber gegen den Wortlaut der vorliegenden Resolution, die ganz auf französische und belgische Verhältnisse zugeschnitten sei. Cingr (Oesterreich) spricht auch zugunsten der Resolution. In Oesterreich sei die Frage der Verstaatlichung der Gruben noch nicht viel propagiert worden. Die Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben sei meist schlechter wie die der Arbeiter in Privatbetrieben. Im letzten österreichischen Parlament sei von der Regierung eine Vorlage über Erteilung von Bergwerkskonzessionen eingebracht worden, die im neuen Reichsrat wahrscheinlich wieder eingebracht werden würde. Die Vertreter der Arbeiterpartei im österreichischen Parlament würden danach streben, die Rechte der Koncessionäre so viel wie möglich einzuschränken. Elfers (Holland) erklärte, daß von 7 Bergwerken in Holland 3 Staatsbetriebe seien. Die Staatsbetriebe befanden sich in Holland aus. Die Arbeitsverhältnisse in diesen Gruben seien besser als auf den privaten Höhen. Allerdings sei es notwendig, daß die Bergarbeiter einen politischen Druck auf die Regierung ausüben. — Um dem Wortlaut der vorliegenden Resolutionen eine für alle Länder passende Fassung zu geben, werden beide Resolutionen wie auch ein deutscher Abänderungsantrag dem Geschäftskomitee zur Redaktion überwiesen.

Zu dem Punkte Arbeiterinspektoren, der abdam verhandelt wurde, hatten Deutschland und Oesterreich Anträge gestellt, die sich bedeten und in denen vom Staate besolde und von den Arbeitern gewährte Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter verlangt wurden. Waldhoffer begründete die deutsche Resolution. An der Hand der offiziellen Statistik weist er nach, wie die Unfälle im Bergbau in Deutschland stetig steigen trotz der Zahl der Inspektionen in deutschen Gruben. In Großbritannien, wo die Veruche der Grubeninspektoren weit weniger häufig seien, sei die Zahl der Unfälle im Bergbau stetig gesunken. In Oesterreich sei die

bergmännischen Bevölkerung stetig niedriger. Die Ursache der vielen Unfälle im deutschen Bergbau müsse in dem mangelhaften Inspektionssystem zu suchen sein. Die in Deutschland bestehenden Sicherheitsmänner seien viel zu viel von den Betriebsführern abhängig, um zum Vorteil der Arbeiter tatkräftig wirken zu können. J. A. M. E. D. (Oesterreich) führt aus, daß in Oesterreich die Arbeiterpartei schon mehrere Male Vorlagen über die Einführung von Arbeiterinspektoren eingebracht habe, leider bis jetzt ohne Erfolg. Die österreichische Regierung (die die Kosten der neuen Einrichtung (500 000 Kr.), wiewohl sie für allerhand unproduktive Zwecke Millionen übrig habe. Eine Regierungsvorlage, Sicherheitsmänner wie in Deutschland einzuführen, sei an dem Widerstande der Arbeitgebervertreter gescheitert, die sich durch diese gänzlich unzulängliche Maßregel nicht den Weg zur Erreichung einer Herabsetzung verschaffen lassen wollten, die im neuen Parlament wiederum in Gestalt einer Vorlage erscheinen werde. Ueber die österreichischen Unfallziffern könne er leider nicht viel neues Material vorbringen. Der letzte Bericht der Bergbehörde datiere vom Jahre 1906. Gottes Mühlen mahlen langsam; die Mühlen der österreichischen Bergbehörde mahlen aber noch viel langsamer. Die verhältnismäßig günstige Lage Oesterreichs bezüglich der Unfallhäufigkeit beruhe auf der Abwesenheit großer Massenunfälle in den letzten Jahren und der Energie, mit der die organisierten Bergarbeiter Oesterreichs die Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen erzwingen. — Die Resolutionen über die Einführung von Arbeiterinspektoren wurden einstimmig angenommen.

Aus dem Bericht des Mandatprüfungskomitees, das am Ende der Morgen Sitzung verlesen wurde, ging hervor, daß 8 Länder mit 186 Delegierten auf dem Kongreß vertreten waren. Großbritannien allein stellte hiervon 130 Delegierte, die über 600 000 organisierte Bergarbeiter vertreten. Die Gesamtzahl der auf dem Kongreß vertretenen organisierten Arbeiter beträgt 885 452.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg und Umgegend hat seinen Bericht für das Geschäftsjahr 1910/1911 herausgegeben. Von besonderem Interesse dürfte die Abrechnung vom Magdeburger Parteitag sein. Es wurden eingenommen: Durch Veranstaltungen 2288,10 M., für Marken zum Parteitagfonds 2222,60 M., für Eintrittskarten 2589,90 M. und 637,18 M. sonstige Einnahmen. Ausgaben entstanden: Für die Zeitschrift, Inserate und Drucksachen 3343,23 M., für Schreibmaterialien, Porto u. dergl. 1281,90 M., für bauliche Umänderungen und Dekoration 1996,05 M., an Lohnentwässerungen 804,70 M., an persönlichen Auslagen 1043,80 M., für Unterhaltung 1225,70 M. und für den Ausflug nach Thale 494,30 M. Einer Gesamteinnahme von 7087,76 M. stand somit eine Gesamtausgabe von 9778,70 M. gegenüber, so daß der Sozialdemokratische Verein zur Deckung der Unkosten einen Zufluß von 2690,94 M. leisten mußte.

Aus dem Bericht ist ferner noch erwähnenswert, daß der Verein im Berichtsjahre seine Mitgliederzahl von 5846 auf 6255, darunter 1012 weibliche Mitglieder, gesteigert hat. Einer Statistik, die der Verein aufnahm, ist zu entnehmen, daß von den Mitgliedern nur 832 im Alter von 18 bis 25 Jahren standen, die anderen aber alle über das Lebensalter, das die Reichstagswahlmündigkeit bringt, hinaus waren — ein vielfachiger Beitrag übrigens zu der von geschäftigen Gegnern bekanntlich mit Vorliebe aufgestellten Behauptung, daß die Sozialdemokraten größtenteils unreife jugendliche Durcheinander seien.

Der Massenbericht verzeichnet einschließlich des vom Vorjahre übernommenen Kassenschatzes von 14 420,18 M. eine Einnahme von 46 240,10 M., der eine Ausgabe von 30 156,60 M. gegenübersteht, so daß in das neue Geschäftsjahr ein Bestand von 16 092,50 Mark hinübergenommen wurde.

In Westpreußen steigerte sich die Zahl unserer organisierten Parteimitglieder von 2504 am 30. Juni 1910 auf 3583 am 30. Juni 1911. Davon waren 2918 Männer und 670 Frauen. Im Vorjahre betragen diese Zahlen 2291 bezw. 303. Das Schwergewicht unserer Bewegung liegt im Norden der Provinz. Danzig-Stadt zählt 1519, Elbing-Marienburg 631 und Danzig-Land 409 Mitglieder.

Als 21. sozialdemokratischer Stabsverordneter in Leipzig ist Genosse Ostwert Alfred Diche ins Rathaus eingezogen. Er tritt an Stelle des nationalen Sekretärs Wungel, der zurzeit eine zweimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, die er sich durch den Mißbrauch seiner Legitimationskarte zu unzulässigen Zwecken gegenüber Prostituierten zugezogen hat.

## Kat und Diffe für ausgewanderte organisierte Arbeiter in New York.

Von der Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“ werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht:

Das aus den deutschen Parteigruppen New Yorks sowie der meisten anderen Staaten gebildete „Deutsche Staats-Agitationskomitee der Socialist Party von New York“ hat beschloffen, die Fürsorge für die in den Vereinigten Staaten einwandernden deutsch sprechenden organisierten und fortschrittlichen Arbeiter, die der „Deutsch-Amerikanische Sozialisten-Bund“ (der sich inzwischen zugunsten des obigen Komitees aufgelöst hat) zuerst durchgeführt hatte, wieder aufzunehmen. Ein Einwanderungskomitee wurde mit diesen Arbeiten betraut.

Die Office der Arbeiter-Mobilisierungs-Kommission, Nr. 241 Ost 84. Str., New York, wurde als Auskunftsstelle bestimmt und erhalten. Zuwandernde hier sofort Kat und, soweit möglich, freundschaftliche Diffe. Die dort von 1 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends anwesenden Genossen Gustav Dreher und Reinhard Neuge erteilen gern jede Auskunft, während der Vertrauensmann des Einwanderungskomitees, Genosse Thomas Schneider, dessen Adresse im benachbarten Lador Temple (Gewerkschaftshaus) zu erfahren ist, den landfremden Genossen in jeder Weise beistehen wird.

Auswanderungslustige Genossen seien darauf aufmerksam gemacht, daß der vor einigen Jahren vom D. A. S. B. in Gemeinschaft mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene „Matgeber für nach den Vereinigten Staaten Auswandernde“ in den Gewerkschaftshäusern Deutschlands ausliegt und auch von der Generalkommission, Berlin, Engel-Ufer 15, erhältlich ist. Das Büchlein erteilt in einfacher, leicht verständlicher Sprache Auskunft über alles Wissenswerte und mag so manchem, der sich über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten irtigen Anschauungen hingibt, Klarheit darüber verschaffen, wie es hier wirklich aussteht.

Das D. St. A. K. von New York will, daß bedarf eigentlich kaum der Versicherung, durch die Einrichtung der Auskunftsstelle keinesfalls die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten ermutigen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der amerikanischen Arbeiterklasse sind keineswegs derart, daß sozialistische Arbeiter eine solche Beeinflussung europäischer Arbeiter — um gar nicht einmal von Genossen zu reden — veranworten könnten. Eher das Gegenteil. Die Auskunftsstelle soll vielmehr dadurch, daß sie Hierherkommenden mit Kat und Tat zur Seite steht, diesen nach Möglichkeit über die schwierigen Zeiten der ersten Monate hinweghelfen und so das Wand knüpfen helfen, das die Sozialisten der alten Heimat mit der sozialistischen und Arbeiterbewegung dieses Landes in innigen Kontakt bringt.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verbrechens. Zu 500 Mark Geldstrafe und drei Monaten Gefängnis wurde am Dienstag von der Strafkammer in Düsseldorf Genosse Peter Verten als Betrüger der Düsseldorf „Volkszeitung“ verurteilt. Er soll in einer Kritik der Verwaltung des Städtischen Erbes, den Bürgermeistern und den Polizeikommissaren von Erbes kritisiert haben.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Elektromonteur- und Arbeiterbedingungen sind mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr unzufrieden und verlangen dringend nach einer Verbesserung ihrer Lage. In einer Versammlung derselben, die in der „Neuen Philharmonie“, Köpenickerstraße, stattfand, schilderte Otto Handke als Referent, wie die Zustände in den verschiedenen Betrieben geradezu unhaltbar geworden seien. Er bezog sich auf eine kürzlich aufgenommene Statistik über die Lage der Elektromonteur- und führte an, daß Löhne von 70 und 75 Pf. pro Stunde selten geworden seien, daß manche Elektromonteur nur 88 bis 133 Pf. Stundenlohn erhalten, und daß man als Durchschnittslohn höchstens 55 bis 60 Pf. annehmen könne. Eine 9- bis 10-stündige Arbeitszeit ist die Regel, in einigen Betrieben werden auch 11 Stunden gearbeitet. Dazu kommt noch die vielfach geforderte Ueberzeit, für die nicht einmal der in anderen Zweigen der Metallindustrie übliche Zuschlag gezahlt wird. Bezahlung werden in Massen gezüchtet, und sie werden bei einem Wochenlohn von 4 bis 5 M. rüchichtslos ausgedeutet. Eine Firma beschäftigt neben 2 Monteuren 8 Lehrlinge. Oft findet man bei 5 bis 6 Monteuren 7 bis 8 Lehrlinge. — Die Diskussion über Handkes Referat zeigte, daß er die Verhältnisse durchaus nicht in zu dunklen Farben geschildert hatte. Im Gegenteil wurde von verschiedenen Rednern behauptet, daß die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer in manchen Betrieben noch viel weiter gehe und der Druck auf die Arbeiter unerträglich geworden sei. Man verlangte energisch, daß etwas getan werde, diesem Druck entgegenzuwirken. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Agitationskommission beauftragt wird, mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Verbindung zu treten, um geeignete Schritte zu unternehmen. Die Elektromonteur sind nicht gesonnen, noch länger widerstandslos unter den jetzigen Verhältnissen zu leiden. Während in anderen Städten wie zum Beispiel in München, Tübingen und Hamburg seit langem Tarifverträge bestehen, sträubten sich gerade in Berlin die Unternehmer gegen eine tarifliche Regelung der Verhältnisse.

## „Volks-Zeitung“ und „Gewerkverein“.

Der „Hirsch-Dundersche Gewerkverein“ verlangt von der „Volks-Zeitung“ eine Aufklärung über die Hamburger Streikbrecher-Inzerate-Affäre, weil die Gewerkschaftler sich durch Wendungen in dem Gespräch beleidigt fühlen. Der „Gewerkverein“ schreibt: „Zunächst steht fest, daß der Annoncenvertreter sich um Inzerate für die Werbung von Streikbrechern nach Hamburg bemüht hat. Die grundsätzliche Stellung der „Volks-Zeitung“ sollte es unmöglich machen, daß dies einer ihrer Angehörigen tun konnte. Hierüber müßte ein Blatt wie die „Volks-Zeitung“ unbedingt Bescheid wissen. Daß es nicht geschah, ist schlimm. Irreführend sind schon oft Inzerate selbst auch in den „Vorwärts“ gekommen, die mit dem Inhalt der Vorderseiten in Widerspruch standen. Dafür kann eine Redaktion nicht verantwortlich gemacht werden. Im Falle der „Volks-Zeitung“ aber lag hier der Irrtum einzig und allein nur in der falschen Wahl der Hamburger Telefonnummer.“

Zwischen „Volks-Zeitung“ und „Gewerkverein“ ist aus Anlaß der Affäre noch ein kleiner Streit entstanden, der unsere Leser weniger interessiert.

## Deutsches Reich.

### Streik in der Breslauer Herrenkonfektion.

In Breslau befinden sich gegenwärtig bei 13 Firmen über 700 Konfektionsarbeiter und Näherinnen im Streik, weil trotz langer Verhandlungen eine Einigung über die Löhne nicht zu erzielen war. Das letzte Angebot der Arbeitgeber wurde mit 988 gegen 167 Stimmen abgelehnt. In der Breslauer Konfektion stehen die Löhne noch bedeutend hinter Berlin, Stettin und anderen Konfektionsorten zurück, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen dort bisher nicht genügend organisiert waren, um einen Kampf wagen zu können. Der Arbeitgeberverband hat nun den Beschluß gefaßt, alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auch in jenen Geschäften auszusperren, wo bis jetzt noch nicht gestreikt wird. Um nun die Schafe von den Wölfen scheiden zu können, wird den Heimarbeitern, die zum Teil mit ihren Familienangehörigen in der Konfektion tätig sind, folgender Reviers zur Unterschrift vorgelegt:

Ich — sowie meine Ehefrau — ich — für meine Tochter (Mädchen) versichere — versichere — hierdurch an Eidesstatt, daß ich — wir — zwar bisher einer der 8 Organisationen Verband der Schneider, Schneiderinnen und Nähschneider, Nähnale Breslau, Christlicher Verband der Schneider, Schneiderinnen u. v. W., Sozialistische Breslau, Gewerkschaft der Schneider u. v. W., Ortsverein Breslau, angehört haben, aus derselben aber ausgetreten bin — sind.

Ich — wir — bin — sind — bereit, für die von obigen Organisationen boykottierten Firmen zu arbeiten und dies durch Vorlegung von Arbeitszetteln einer dieser Firmen nachzuweisen. Die Abmeldung aus der Organisation ist durch einen von der beschäftigten Firma zur Abendung zu bringenden Einschreibebrief nachzuweisen, wenn ich nicht auf andere Weise den Nachweis zweifelslos erbringen kann. Breslau, den ..... 1911.

Unterschrift ..... Wohnung .....  
Hoffentlich wird dieser Reviers dazu beitragen, auch dem letzten Differenzen darüber die Augen zu öffnen, daß sein Platz nur in den Reihen der Organisierten sein kann.

### Zenträmliche Streikbrecherinzerate.

In dem Düsseldorf-Zentralsblatt vom 8. Juli 1911 finden wir folgende Inzerate in einer Spalte:

„Tüchtige ordentliche Arbeiter für sofortigen Eintritt gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Georg Plange, Weizenmühle, Düsseldorf, Hafen.“

Das andere Inzerat lautet: „Vor Zugang zur Georg Plange'schen Weizenmühle warnt das Christliche Gewerkschaftsamt.“

Wie aus dem Inzerat hervorgeht, sind die Christen an dem Streik selbst beteiligt. Das Organ der zenträmlichen Hansanten über sagt sich: Geld sinkt nicht! Also arbeitete es gegen die streikenden Christen auf seine Weise. Mitte Juli kamen wir in der frommen „Lünener Zeitung“ mehrere Male folgendes Inzerat:

„Gesucht für dauernde Beschäftigung stellenlose tüchtige Formner und Schlosser, die weder dem Metallarbeiter-Verband noch einer christlichen Gewerkschaft angehören. A. Schreiber, Eisengießerei, Leer.“

Es ist das nicht schön! Im redaktionellen Teil werden Artikel zugunsten der christlichen Gewerkschaften losgelassen; im Inzeratenteil drückt man begierig Inzerate ab, wie solche obigen Inhalts, dafür steht man blanko Dreier ein. Um wie viel lieber steht man Geld in die zenträmliche Verlegerjacke, wenn es sich um Streikbrecherinzerate handelt, wo die Christen weniger, dafür aber freigewerkschaftliche Arbeiter in Frage kommen. In der ultramontanen „Neuen Augsburger Zeitung“ befand sich in den letzten Wochen folgendes Inzerat:

„Gesucht Tischler für Hamburg. Unterzeichn. Arbeiterverband hat mit dem Arbeitgeber-Schutzverband Hamburgs einen 2-jähr. Tarifvertrag abgeschlossen. Minimal-Einstellungslohn: Werkstättenlicher Stunde 70 Pf. Bei Akord sind für eingearbeitete Handwerker die Löhne um die Hälfte höher. Arbeitsnachweis des Verbandes der Holzarbeiter von Hamburg und Umgegend. (Mitglieder zirkul. 100.) Lübeckertor 3. Dringend auf Adresse „Lübeckertor“ achten!“

Es ist das dasselbe Inzerat, nach dem auch der Annoncen-Abteilung der „Berliner Volkszeitung“ der Mund so wässerte.

Im Holzgewerbe Hamburgs streikten die Holzarbeiter bekanntlich seit Monaten. Der Holzarbeiterverband von Hamburg und Umgebung von 1911, eine von den Arbeitgebern gegründete Streikbrecherorganisation (gelber Verband) sucht in allen bürgerlichen Blättern Deutschlands arbeitswillige Holzarbeiter nach Hamburg zu locken. Und Zentralsblätter vom Schlage der „Neuen Augsburger Zeitung“ suchen durch Aufnahme der gewinnbringenden Inzerate die christlichen Arbeiter streupellos zum Streikbruch zu verleiten.

Ein christlicher Arbeiter, der noch etwas Ehre im Leibe hat, wirft solche Streikbrecherorgane aus dem Hause heraus.

## Ein moderner Sklavenvertrag.

Im Wahlkreis Wanzleben (Reg.-Bez. Magdeburg) übt die Juckerfabrik Klein-Wanzleben, vorm. Nabeckhe und Giesede, u. v., einen großen öffentlichen Einfluß aus. Von ihr ist das ganze wirtschaftliche Leben im Kreise in hohem Maße abhängig. Nach der Pflanze dieser agrarischen Großfirma tanzt alles, von den Behörden herab, bei denen es nur nicht so offenkundig ist, bis zu den Wädern, Krämern, Gastwirten und Arbeitern. Aber die Tatsache der wirtschaftlichen Abhängigkeit allein genügt der Firma noch nicht, sie will die Beschäftigung darüber auch schwarz auf weiß nach Hause tragen können. Und so hat sie denn mit einer glücklicherweise nur kleinen Anzahl von Bauarbeitern einen auf 5 Jahre geltenden Arbeitsvertrag abgeschlossen, der unter anderem bestimmt:

„Sobald die Bauarbeit ruht, werden wir in den übrigen Betrieben wie Speicher, Juckerfabrik usw. beschäftigt, und erhalten dort die zurzeit gängigen Akord- bzw. Tagelöhne... Wir treten aus dem Verbande der Maurer-Vereinigung aus, weil wir annehmen, denselben nicht mehr nötig zu haben, weil wir bei einer renommierten Firma in Arbeit treten und unsere Existenz gesichert sehen.“

Die bisher dem Verband gezahlten Beiträge erstattet uns die Juckerfabrik dergestalt zurück, daß sie nach dem verflohenen ersten Vertragsjahre die eine, nach dem zweiten die zweite Hälfte zahlt.“

Die Arbeiter begaben sich also auf fünf lange Jahre jeglichen Rechts über ihre Person. Die Firma kann sie zu allen möglichen Arbeiten verwenden. Hilfe bietet sich den Arbeitern aber nicht, denn die einzige Hilfe, ihre Organisation, steht ihnen nicht zur Verfügung, weil sie sie vertraglich abgeschrieben haben. Mit dem Todestitel der Vertragserhaltung hat die Firma die Arbeiter, die in ihren Anschauungen noch nicht gefestigt genug waren, gefangen, und nach Ablauf der fünf Jahre wird sie ihnen einen noch schlechteren Vertrag aufhängen.

## Ausland.

### Ein neues Stadium im norwegischen Arbeitskampf.

Christiania, 21. Juli. (Fig. Ber.) Mit dem gestrigen Tage ist der Kampf der norwegischen Arbeiterschaft in das entscheidende Stadium getreten. Die von der Regierung eingeleiteten Vergleichsverhandlungen sind definitiv abgebrochen worden. Der Vorschlag der Vermittler, alle Konfliktfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wurde von beiden Seiten abgelehnt, von den Arbeitern mit der Begründung, daß die Verhandlungen keine Basis für einen Schiedspruch ergeben haben. So muß denn durch den Kampf die Entscheidung herbeigeführt werden, und die norwegische Arbeiterschaft weiß, daß es ein langwieriger und hartnäckiger Kampf werden wird, von dem die Weiterexistenz der norwegischen Gewerkschaftsorganisationen abhängig ist.

Aus diesem Grunde hat die Hauptleitung des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes beschlossen, 50 000 Kronen sofort zu Emigrationszwecken den ausgesperrten Metallarbeitern zur Verfügung zu stellen, namentlich den jüngeren Arbeitern. Die Leitung entschied sich zu diesem Schritte, weil, wie sie sagte, „trotz des vor drei Monaten erfolgten Abschlusses eines fünfjährigen Tarifvertrages wieder die ganze Eisenindustrie auf die Straße geworfen ist, ausschließlich im Interesse einiger ausländischer Kapitalisten“. Die Schatzkammer der Arbeiter findet diesen Schritt des Metallarbeiterverbandes äußerst „unpatriotisch“. Aber zum Besche dieser „Patrioten“, die so eifrig die Vergewaltigung, bereiten, die 32 000 norwegischen Arbeiter ausgesperrt wurden, verteidigen, zum Besche dieser Patrioten werden gerade heute die Daten des „Zentralstatistischen Amtes“ bekannt, nach welchen von insgesamt 29 norwegischen Bergwerken nur ein einziges ganz in norwegischen Händen, 9 aber vollständig und 10 zum größten Teile in ausländischen Händen sind. Nachdem der Arbeitgeberverband in einer geistigen Erklärung ausdrücklich erklärt hat, daß die Aussperrung vorgenommen werden mußte, um die Vergewaltigung zu stützen“, zeigen die oben angeführten offiziellen Zahlen deutlich, in wessen Interesse diese „Patrioten“ wirken.

Da der „Arbeitgeberverband“ nicht bloß nicht an Frieden denkt, sondern sogar noch mit einer weiteren Ausdehnung der Aussperrung droht, ist es zweifellos, daß der Kampf erst jetzt mit aller Schärfe einsetzt wird. Wie tief die Erregung in Arbeiterkreisen ist, beweist der Umstand, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der der Landesorganisation nicht angehört, ihre Plätze gefährdelt haben und nächsten Sonnabend in den Sympathiestreik treten. Auch der außerhalb der Landesorganisation stehende „Norwegische Seemannsverband“ hat sich durch seinen Zentralausschuß erboten, in den Sympathiestreik zu treten. Das Wichtigste und Erfreulichste aber ist, daß es jetzt fast zur Regel geworden ist, daß die Unorganisierten sich mit den Aussperrten solidarisch erklären.

Sichtbar ist auch, daß die Sympathien der Öffentlichkeit sich, trotz aller Hebeereien der konservativen Presse, immer mehr den Opfern der brutalen Aussperrungstaktik zuwenden. Zweifelslos trägt dazu auch der Umstand bei, daß der vollständige Alkoholboykott auch die weniger disziplinierten Arbeiter eine mühsamste besonnenen Haltung einnehmen läßt. Mehrere Gemeinden und Bezirksausschüsse haben schon Beschlüsse gefaßt, durch kommunale Arbeiten den Aussperrten Beschäftigung zu verschaffen. Am weitesten ist natürlich der Kreisausschuß von Redre Eker gegangen, der in der Weisheit sozialdemokratisch ist. Er beschloß die sofortige Trudenlegung moralischer Stellen in einem Walde, der längst von der Gemeinde angekauft wurde, Bau von kommunalen Kohlenlagern usw. Die Organisierten werden drei Stunden täglich, die Unorganisierten (die keine andere Unterstützung erhalten) sechs Stunden täglich arbeiten und dabei vier Kronen verdienen können. Im ganzen Lande macht man sich bereit, einem vielleicht mehrere Monate währenden harten Ringen zu begegnen. Denn am 20. August läuft der Tarifvertrag in der Zellulosebranche ab, und es ist gar kein Zweifel, daß die Arbeitgeber den Kampf solange hinausziehen wollen, um die große Gewerkschaft der Zellulosearbeiter bis dahin geschwächt zu haben. Aber man hat ihre Taktik durchschaut und wird ihr zu begegnen wissen.

## Aus Industrie und Handel.

### Konservative Hypothekenbegeisterung.

Das Organ gegen „Judenlumpen“ und für deutschböhmische Pressekultur, die „Kreuz-Zeitung“ des Freiherrn v. Wangenheim, jubelt jetzt, getreu ihrem Programm „Deutschland in der Welt voran“, der Gründung einer deutschen Hypothekenbank in Ägypten zu. Für sie ist es ein Fortschritt des „Deutschtums“ und „eine unvorstellbare Stärkung des Deutschtums“.

in Ägypten“, wenn dort unter der Regide der Dresdner Bank, der Nationalbank für Deutschland, des A. Schaaffhousenschen Bankvereins und der Deutschen Orientbank (Bürotrakt) eine ägyptische Hypothekenbank Profite macht. Das Kapital des Unternehmens beträgt 10,2 Millionen Mark. Die neue Bank soll sich ausschließlich für Immobiliengeschäfte interessieren und hat als Arbeitsgebiet ganz Ägypten, den Sudan, die Türkei und Kleinasien „zugewiesen“ bekommen. Welch' gewaltiger Fortschritt deutscher Macht, welche imponierende Ausbreitung deutscher Weltbeherrschung: deutsche Hypothekendarlehen in Ägypten! Das großkapitalistische Geschäft, die Bodenausschöpfung, die Ausbeutung der Armen und Kerkern erblüht nun auch im alten Ägypten — die Pharaonen werden sich in ihren tausendjährigen Gräbern umdrehen. Es geht doch nichts über die Segnungen moderner Kultur. Das meint auch die „Kreuz-Zeitung“ und deswegen fordert sie neben der Mitteilung von der deutschen Hypothekenbankgründung die Regierung zugleich auf, „dem deutschen Kaufmann in Ägypten etwas mehr Verständnis entgegenzubringen und mehr Anerkennung zu zollen“.

Fast zu gleicher Zeit kommen Nachrichten aus Argentinien, einer wichtigen deutschen Einfluß- und Arbeitsphäre, daß dort das „nationale“ Hypothekenwesen einer Krise zusteuere. Bis jetzt hat da die argentinische Nationalhypothekenbank für 285 Millionen Dollar Hypothekenscheine besonders in Europa resp. Deutschland untergebracht. Es geht doch nichts über so ein richtig patriotisches Hypothekengeschäft!

### Von der Fleischnot.

Der Verkehr auf den holländischen Märkten im Monat Juni gibt für Ferkel, Lämmer, Kühe, Jungvieh (Rinder und Kalbinnen) folgendes Bild:

	Kauftrieb	Verkauf
Juni 1900 . . . . .	14 415 (5 688)	8 843 (5 608)
• 1910 . . . . .	12 195 (5 230)	10 182 (5 185)
• 1911 . . . . .	5 493 (4 855)	5 103 (4 756)

Die eingeklammerten Zahlen sind die Resultate auf den Schlachtviehmärkten zu Mannheim und Karlsruhe.

Bei den Rindern bewegt sich der Auftrieb und Umsatz im Juni „aller drei Jahrgänge in der Grenze von rund 3000 bis 4500.“

Bei den Schweinen ist in diesem Sommer der Marktverkehr bedeutend gewachsen:

	Kauftrieb	Verkauf
Juni 1909 . . . . .	15 890 (15 820)	15 188 (15 185)
• 1910 . . . . .	15 256 (15 240)	15 028 (15 018)
• 1911 . . . . .	20 767 (20 730)	20 287 (20 263)

Trotzdem ist der Preis des Schweinefleisches hochgeblieben. Mit diesem Nahrungsmittel der Benigkheit hatten sich die Metzger schädlich für das schlechte Geschäft, das mit dem Rindfleisch gemacht wird.

Die Maul- und Ruhrscheuche, die aus Norddeutschland in Baden eingeschleppt worden ist, hat im Monat Juni im Großherzogtum eine weitere Ausbreitung erfahren. Es wurden von ihr 5 Amtsbezirke, 20 Gemeinden und 520 Ställe neu ergriffen, während die Seuche in 8 Amtsbezirken, 41 Gemeinden und 510 Ställen erloschen ist. Es erkrankten an dieser Seuche 3108 Rinder, 183 Schweine und 69 Piegen, wovon 87 Rinder, 1 Schwein und 2 Piegen umkamen, während 83 Rinder und 2 Schweine hierwegen freiwillig getötet wurden. Am Schlusse des Monats blieben am stärksten verheert die Amtsbezirke: Lörzsch mit 6 Gemeinden, Rastatt mit 5 Gemeinden und Waldshut, Wolfach, Mühl und Bruchsal mit je 4 Gemeinden. Der Rog der Pferde und die Infuenza der Pferde ist erloschen.

Ein Stabeisen- und Stahlröhrenwerk. Die Schottischen Stabeisen- und Stahlröhrenwerke haben eine Verschmelzung ihrer Betriebe unter dem Namen Scottish Tube Company Limited beschlossen. Das neue Unternehmen umfaßt alle Fabriken Schottlands mit Ausnahme der von Stewart und Lloyd in Glasgow und Birmingham, die jedoch ebenfalls daran interessiert werden und einen Direktor in den Aufsichtsrat ernennen.

## Letzte Nachrichten.

### Keine Aussperrung in der Glasindustrie?

Görlitz, 26. Juli. (B. L. W.) In einer Mitgliederversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes deutscher Glasfabriken aus Schlesien, Sachsen und der Lausitz, die heute nachmittag im Handelskammerhause in Görlitz stattfand, wurden nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberschutzverbande deutscher Glasfabriken und dem Zentralverbande der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zu Berlin die Differenzen beigelegt und der Aussperrungsbeschluß aufgehoben.

### Explosion auf einem Dampfer.

Stettin, 26. Juli. (B. L. W.) Auf dem im hiesigen Freihafen angekommenen Trajekt-Dampfer „Aras“ entstand heute durch Explosion eines Benzintankens ein Brand. Der Dampfer war im Ru in Flammen geschüllt. Die Heizer konnten sich durch Ueberhochsprünge retten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

### Selbstmord zweier Knaben.

Dahlhausen, 26. Juli. (B. L. W.) Der 13-jährige Scheyha und der gleichaltrige Franz Berg aus Bochum, die seit einigen Tagen aus dem dortigen Waisenhaus verschwunden waren, wurden heute aus der Ruhr gelandet. Aus einer Postkarte, die bei den Knaben gefunden wurde, geht hervor, daß sie den Tod gesucht haben.

### Seinen Bruder erschossen.

Arad, 26. Juli. (B. L. W.) Der Industrielle Dioszeghy, der wegen einer Erbschaftsangelegenheit mit seinem Bruder in ständigem Zwiste lebte, hatte mit diesem gestern abends einen Konflikt, in dessen Verlaufe er einen Revolver zog und seinen Bruder niederschloß. Der Mörder wurde verhaftet.

### In den Bergen berunglückt.

Chamounix, 26. Juli. (B. L. W.) Als zwei Touristen in Begleitung eines Führers und eines Trägers die Aiguille du Blanc bestiegen, löste sich ein Felsblock und erschlug einen Träger. Kurze Zeit später glitt der eine der Touristen aus und stürzte in einen Abgrund. Der Verunglückte ist noch nicht gefunden.

### Eisenbahnunfall.

Belgrad, 26. Juli. (B. L. W.) Auf der Station Jagodina ist der Rischer Personenzug mit einer Lokomotive zusammengefahren und entgleist. Der Lokomotivführer und zwei Schaffner sind schwer, mehrere Personen leicht verletzt.

Die diesjährige Landesversammlung der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens

fand am Montag, den 23. Juli, im Parteilokal „Zur Sonne“ in Mühlhausen L. El. statt. In der „Sonne“ bei diesem Anfang der Dundeitag Man glaubte wirklich in der Sonne zu sein und doch waren die Debatten nicht so heiß, wie im vorigen Jahre bei Erörterung der Ostfrage. Sie waren grundsätzlich zum Teil ebenso tiefgreifend und sie waren ebenso unauflösbar: die Nähe der Landtagswahlen verbietet es der elsäß-lothringischen Sozialdemokratie dieses Jahr mehr noch als sonst, Dundeitagsferien zu halten.

Der Bericht des Landesvorstandes zeigt zum ersten Mal seit langem ein erfreuliches Wachstum der Organisationen an — ein Fortschritt, der noch nicht Schritt hält mit den Organisationsgewinnen in den meisten übrigen deutschen Staaten, der aber nach elsäß-lothringischen Begriffen schon recht erfreulich ist. Die Mitgliederbewegung in den 15 elsäß-lothringischen Reichstagswahlkreisen ist diese: Altkirch-Zhann 31 (gegen 1910 mehr 11), Mühlhausen 1435 (gegen 1910 mehr 423), Kolmar 265 (mehr 107), Gebweiler 162 (mehr 11), Nappoldsweiler 210 (mehr 124), Schlettstadt 181 (mehr 85), Erstein-Rolsheim 251 (mehr 37), Straßburg-Stadt 1008 (mehr 185), Straßburg-Land 479 (mehr 19), Hagenau-Weisburg 138 (mehr 59), Rabern 2 (wie im Vorjahre), Saargemünd-Forbach 182 (mehr 72), Biederhofen-Folschen 187 (mehr 46), Metz 341 (mehr 108), Saarburg-Chateau-Salins 10 (wie im Vorjahre), insgesamt 4880 gegen 3576 im Jahre 1910 (mehr 1298). Besonders erfreulich ist hieran, daß die Befürchtung mancher Parteigenossen im Vorjahre, daß die leidenschaftlichen Ausdrücke von Meinungsverschiedenheiten in der Ostfrage auf die Parteibewegung ungünstig, ja direkt lähmend zurückwirken würden, durch die Tatsachen glänzend widerlegt ist: ja, selbst in Metz ist, wie der Parteisekretär Hueber in seinem mündlichen Bericht hervorhob, die dort besonders befürchtete ungünstige Rückwirkung nicht eingetreten, vielmehr ist gerade dort (Wahlkreis Nappoldsweiler) die mehrjährige Stagnation jetzt einem kräftigen Fortschritt gewichen: 1908: 76, 1909: 90, 1910: 96, 1911: 210 Mitglieder. Der sprunghafte Fortschritt gerade in diesem Jahre zeigt, wie tödlich es ist, grundsätzliche Erörterungen auch dann, wenn dabei die und da ein derbes oder gar böses Wort fällt, aus dem Wege gehen zu wollen wegen der Befürchtung, ein Teil der Parteigenossen könne dadurch losgerissen werden und der Partei den Rücken kehren. In diesem Falle wirkte die Auseinandersetzung, obgleich sie nicht immer in der delikatesten Weise geführt wurde, direkt belebend und erfrischend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Landesversammlung einstimmig folgende zwei Resolutionen an:

1. Gegen das Moroskoadventur.

Die Landesversammlung der elsäß-lothringischen Sozialdemokratie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Einmischung Deutschlands in Marokko, die sie als ein ebenso leichtfertiges wie gefährliches Kolonialadventur betrachtet, durch welches nicht nur die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich verschlechtert, sondern auch die Schwere der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung vergrößert werden und die unabsehbaren Schrecken eines Weltkrieges heraufbeschworen werden können. Sie verurteilt das gefährliche Kolonialadventur auch um desto williger, weil es unternommen worden ist, ohne das deutsche Volk, ja ohne dessen rechtmäßige Vertretung, den Reichstag, zu befragen. In Uebereinstimmung mit den Klassenbewußten Arbeitern jenseits des Rheines wie jenseits der Vogesen erklären die Delegierten des elsäß-lothringischen Proletariats, daß für das marokkanische Adventur weder ein Mann noch ein Groschen aufgewendet werden darf. Das Volk in Elsaß-Lothringen kennt die Greuel des Krieges aus eigener Erfahrung. Es hat keine Sehnsucht nach Erneuerung desselben. Deshalb sprechen die Vertreter der klassenbewußten Arbeiterchaft Elsaß-Lothringens es als ihre unumstößliche Ueberzeugung aus, daß es Pflicht der deutschen und der französischen wie der gesamten internationalen Sozialdemokratie ist, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Ausbruch eines neuen brudermörderischen, kulturverschwendenden Krieges zu wenden.

2. Gegen die Eisenbahner-Maßregelungen.

Die Landesversammlung der elsäß-lothringischen Sozialdemokratie erhebt lauten und entschiedenen Protest gegen die unmotivierten, durch nichts zu rechtfertigende Maßregelungen dreier Eisenbahnarbeiter, die weiter nichts getan, als daß sie von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten, sich mit ihren Berufscollegen zusammenzuschließen, Gebrauch gemacht haben. Die Landesversammlung verurteilt mit aller Schärfe diesen Eingriff der Generaldirektion der elsäß-lothringischen Reichs-Eisenbahnen in die Rechte der Arbeiter. Sie ersucht die sozialdemokratischen Vertreter des elsäß-lothringischen Volkes im deutschen Reichstag, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und dort das arbeiterfeindliche Verhalten dieser Ministerverordneten-Direktion gebührend vor der ganzen Welt zu brandmarken.

Als Vertreter des Parteivorstandes wohnte den Verhandlungen, die mit zweitägiger Mittagspause von morgens 9 1/2 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr dauerten, Genosse Müller-Berlin bei, der in seiner Begrüßungsansprache die Wahlrechtstheorie des Mannes Gollweg kritisierte, der dem von lange her als republikanisch geltenden elsäß-lothringischen Volke das allgemeine Stimmrecht gewährt, dem preussischen jedoch nicht. Die Gräße der französischen Genossen überbrachte der Genosse Grumbach-Paris, der die Solidarität der Arbeiterklassen von Deutschland und Frankreich im Protest gegen die Marokkopolitik feierte; die Gräße der württembergischen Sozialdemokratie der Genosse Sperka, der wie der Vertreter der Sozialdemokratie des badischen Reichslandes, Genosse Gahr, neben der moralischen auch die finanzielle Unterstützungsbereitschaft der benachbarten Bruderpartei für den bevorstehenden Landtagswahlkampf in Elsaß-Lothringen in Aussicht stellte. Man kann sich denken, daß der diesen Ankündigungen folgende Beifall von Herzen kam, — dieser erste Landtagswahlkampf in Elsaß-Lothringen wird Geldopfer erscheinen, welche die Finanzkraft der noch jungen reichsständischen Parteiorganisation um ein beträchtliches übersteigern.

Die Landesversammlung war von 45 Delegierten, mit den Mitgliedern des Landesvorstandes usw. von zusammen 57 Personen besetzt.

Die Debatte zum Geschäftsbericht drehte sich im wesentlichen um einen Antrag der Lothringer, der die Anstellung eines Parteisekretärs für Lothringen will, und um einen Antrag von Nappoldsweiler-Marckirch, der für die französisch sprechenden Grenzbezirke im Elsaß und für Lothringen die Herausgabe eines Wochenblattes in französischer Sprache bezweckt. Die Vertreter Lothringens wiesen dabei auf die große wirtschaftliche Zukunft des lothringischen Berg- und Hüttenreviers hin, das bald mit dem Ruhrrevier wetteifern werde und wo es daher gelte, sich durch das Renouveau und den katholischen Volksverein nicht überflügeln zu lassen. Sonst werde man später mit zehnfach höheren Aufwendungen erringen müssen, was heute noch verhältnismäßig leicht zu gewinnen sei. Gegenüber den ein wenig hochtönenden Betreibungen aus Lothringen, daß die französisch sprechende Bevölkerung doch von „sozialistischem Geiste“ durchdrungen sei und daß sie nur des Bindemittels eines französisch geschriebenen Parteiorgans bedürfe, um sich uns ganz anzuschließen, warnten die Delegierten des Kreises Mühlhausen vor allzuviel

Optimismus, und der Vertreter des Parteivorstandes, Müller-Berlin, hatte den Beifall und die Heiterkeit der ganzen Versammlung, als er nach Anfänger der schon bisher ganz gewolligen Geldopfer der Partei für Elsaß-Lothringen begünstigend konstatierte: Wenn man den hohen Wert der französischen revolutionären Tradition noch so hoch anschlägt, so könne man sich doch oft des Eindrucks nicht erwehren, daß in französischen Arbeiterkreisen nicht selten der Zwang zur regelmäßigen Beitragszahlung als eine Art Attentat auf die Verfassung der Menschenrechte angesehen wird. Gleichwohl sagte Müller die wohlwollende Prüfung beider Anträge durch die Parteileitung zu, der die Anträge schließlich einstimmig „zur Berücksichtigung“ überwiesen wurden. Namens der Mühlhäuser Delegation machte Genosse Emmel seine Zustimmung dazu davon abhängig, daß nicht, wie es nach manchen Äußerungen schein, besonderes Gewicht auf eine journalistische Kraft für den Posten eines lothringischen Parteisekretärs gelegt werde; was da not tut, sei vielmehr eine hervorragend organisatorische Kraft (Zehlfahrer Beifall).

In seinem Schlußwort erklärte Parteisekretär Hueber die fernere Herausgabe der durch Zuschüsse der Parteileitung in zwangloser Folge bisher ermöglichten „Fouilles d'Alsace-Lorraine“ für dringend nötig, ebenso appelliert er an die Parteileitung behufs Bereitstellung der Mittel für eine baldige neue Agitationstour einer seiner Genossin in Elsaß-Lothringen. Die im vorstehenden Jahre stattgefundenen Agitationstouren der Genossin Baumann habe die besten Früchte gezeitigt. (Zustimmung.)

Das Organisationsstatut der Partei in Elsaß-Lothringen erfährt nach den von der diesjährigen Landesversammlung gefaßten Beschlüssen einige Abänderungen, die zum Teil durch die neue Landesverfassung (Einsetzung eines Landtages) bedingt sind. Von größerer Wichtigkeit ist die auf einer Verständigungskonferenz nach dem vorjährigen Streit zwischen Mühlhausen und Straßburg vereinbarte und jetzt beschlossene Einsetzung einer Landeskontrollkommission analog der Kontrollkommission der deutschen Gesamtpartei. — Ein Mühlhäuser Antrag, den von den einzelnen Kreisvereinen an den Landesassessor abzuliefernden Betrag von 35 Prozent der Mitgliedsbeiträge auf 20 Prozent herabzusetzen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt, ebenso ein Antrag Straßburg-Stadt, nur auf je 200 Mitglieder, statt wie bisher auf je 100, einen Delegierten zur Landesversammlung zu entsenden.

Ueber die kommenden Landtagswahlen referierte in einstündiger Rede Genosse J. Peirotes-Straßburg, der den Entwurf eines Aktionsprogrammes zu diesen Wahlen vorlegte, das nach einem halbstündigen Korreferat Emmels durch Annahme einer Reihe von Abänderungsanträgen der Mühlhäuser Delegation in verschiedenen Punkten radikalisiert wurde. Darunter befindet sich auf steuerpolitischen Gebieten der Beschluß, bei der Reform des gesamten Steuerwesens zu sagen: „Abschaffung der indirekten Steuern“ (statt nach dem Vorschlage Peirotes, Abschaffung der indirekten Steuern auf Lebensmittel) und in Parantese präzisierend hinzuzufügen: „Gesetzliches Verbot der Erhebung von Droi.“ Trotz des Widerspruches des Referenten Peirotes, der geltend machte, daß keineswegs alle indirekten Steuern zu verwerfen seien, stimmte die Landesversammlung mit großer Mehrheit dem Mühlhäuser Antrage zu. Damit ist in der Steuerfrage aus Elsaß-Lothringen wieder in die Bahn eingetreten, die vom Programm der deutschen Gesamtpartei mit der Verwerfung aller indirekten Steuern gewiesen wird.

Ueber die Reichstagswahlen referierte kurz Genosse Wäch-Mühlhausen. Einstimmig gelangte hierzu die folgende Mühlhäuser Resolution zur Annahme:

Die Landesversammlung verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteioorganisationen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen, schleunigt die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auf die Beschaffung der nötigen Geldmittel bedacht zu sein.

Bei Aufstellung von Reichstagskandidaten ist jede Doppelkandidatur zu vermeiden.

Zur Festsetzung der Stichwahlparole hat am Tage nach der Hauptwahl eine Konferenz stattzufinden, an welcher teilzunehmen berechtigt sind: der Landesvorstand, die Kontrollkommission, die in der Hauptwahl gewählten Reichstagsabgeordneten, sowie die Vorsitzenden (oder ihre Stellvertreter) derjenigen Kreisorganisationen, deren Kandidat sich in der Stichwahl befindet.

Die beim Punkte Landtagswahlen — bei welchem ein auch hier eingebrachter Mühlhäuser Antrag auf Vermehrung der Doppelkandidaturen abgelehnt wurde — angenommene Resolution lautet:

Die am 23. Juli 1911 in Mühlhausen im Saale „Zur Sonne“ togende Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens erklärt es als Pflicht der Parteigenossen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in allen jenen Wahlkreisen in den Wahlkampf einzutreten, in denen ein agitatorischer, organisatorischer oder Mandatsverfolgung irgendwie nur möglich erscheint. Die sozialdemokratische Partei führt in sämtlichen Wahlkreisen den Wahlkampf in vollständiger Unabhängigkeit, ohne Rücksichtnahme auf irgend eine der bürgerlichen Parteien, mit allem Nachdruck die grundsätzlichen Forderungen der klassenbewußten Arbeiterchaft betonend und für die Verwirklichung des Sozialismus wirkend. Ob und inwieweit nach dem ersten Wahlgange eine Vereinbarung mit anderen Parteien erfolgen darf, entscheiden mit bindender Kraft für die Genossen der Landesvorstand und die Landeskontrollkommission, die als Zentralwahlkomitee eingesetzt sind, in gemeinsamer Sitzung mit den Vertretern der Kreisverbände. Diese Sitzung findet am Tage nach der Hauptwahl in Straßburg statt.

Die Wahl des Landesvorstandes ergab, nachdem Straßburg wiederum als Vorort bestimmt worden war, die Wiederwahl der Genossen Böble (mit 45 Stimmen), Peirotes (45 St.), Schmitt (36 St.), Wäch-Mühlhausen (36 St.), Fuchs-Schlettigheim (33 St.), Hindelang-Kolmar (41 St.). An Stelle des Genossen Reinhard-Rey, der 23 Stimmen erhielt, wurde Drauesreuther-Rey gewählt. — In die Landeskontrollkommission wurden gewählt: Emmel-Mühlhausen, Martin-Mühlhausen, Dr. Weill-Straßburg, Ledig-Varr und Rische-Rey. In ihrem Vorsitzenden wählte die Kommission sofort Emmel-Mühlhausen.

Die nächste Landesversammlung findet in Straßburg statt.

Soziales.

Was vom Zentrum über die Reichsversicherungsordnung zusammengekommen wird.

Die volksverräterische Haltung des Zentrums bei Beratung der Reichsversicherungsordnung veranlaßt seine Anhänger, ihren Wählern Sand in die Augen zu streuen. Ein Schulbeispiel dafür, in welcher Weise diese Partei für „Wahrheit und Recht“ die Wahrheit auf den Kopf stellt, enthält der Aschaffener Anzeiger „Amisblatt des Königl. Land- und Amtsgerichts, der Königl. Staatsanwaltschaft und des Registeramts Aschaffenburg“ in seiner Nr. 192 vom 17. Juli. In dem Leitartikel dieses „Amisblattes“ heißt es unter anderem:

Ueber 1000 sozialdemokratische Agitatoren sitzen so heute an den Wuttertöpfen der von den Arbeitergassen unterhaltenen Kassen und beziehen zum Teil Gehälter, welche

die Höhe der bayerischen Ministergehälter

erreichen. Es war hochinteressant, wie sich der Abg. Schirmer am Samstag im Gefellenhaus über diesen Punkt und die beträchtlichen Vorteile der neuen Versicherungsordnung überhaupt verbreitete. Einige wenige drastische Fälle, die Schirmer beknäuelte, seien mitgeteilt. Ein sozialdemokratischer Kassenrentant Mayer in Essen brachte 52 000 Mark Krankenkassengelder beiseite, da er nach der neuen Versicherungsordnung befürchtete, sein Gehalt von 9 000 Mark werde ihm verkürzt. Mit den 52 000 Mark Krankengeldern, die doch den Kranken gehören, wollte der rote Gemütsmenschen sein verkürztes Gehalt wiederum auf die frühere Höhe von 9 000 Mark bringen. Die Beamten, die nebenbei bemerkt in Bayern 9 000 Mark beziehen, sind mit der Laterne zu suchen. Ein anderer Fall. Die Berliner Krankenkasse der Kaufleute, an deren Spitze ein Herr Kohn steht, hat Verträge abgeschlossen, wonach den Beamten, welche durch die Dienstordnung aus ihrem Beamtenverhältnis ausscheiden, 25 Prozent derjenigen Summe als Abfindung gezahlt werden sollte, welche sie insgesamt während ihrer Dienstzeit von der Krankenkasse an Gehalt bezogen haben, d. h. ein Beamter, der 20 Jahre lang zu einem Gehalt von 4 000 Mark an einer Kasse beschäftigt war, würde bei seiner Entlassung 20 000 Mark Abfindung erhalten.

Der Abg. Schirmer, der Mitglied der Reichstagskommission zur Beratung der Versicherungsordnung war, teilte mit, daß das von der Regierung vorgelegte Material so erdrückend und beschämend für die roten Kassenleitungen war (soweit sie überhaupt zur Sprache kamen), daß sich der sozialdemokratische Stadthagen zu dem Ausspruch verließ:

Es gehöre eine ganz gemeine, niederträchtige Gesinnung dazu, um solche Manipulationen durchzuführen, wie sie die Vertreter der Regierung gekennzeichnet haben.

Was ist Wahres an diesen Behauptungen, die der Zentrumsabgeordnete Schirmer verbreitet haben soll?

1. Der Fall Mayer. Mayer ist Rentant der Essener Krankenkasse. Er bezieht nicht nur 9 000 Mark Gehalt. Er bezieht darüber hinaus noch 2 000 Mark Gratifikation und hat eine Dienstwohnung, so daß sein Gesamtjahresverdienst sich auf etwa 13 000 Mark beläuft. Der Essener Krankenkassenverband hat ferner beschlossen, 52 000 Mark als Garantiesumme für den Weiterbezug dieses enormen Gehaltes zu hinterlegen, falls etwa später das Gehalt vergrößert werden sollte. Dieser Beschluß wurde unter Widerspruch des einzigen sozialdemokratischen Angehörigen des Kassenverbandes gefaßt. Der Vorstand besteht seit 1910 aus „Christen“ (Zentrum und Christlichsozialen). Deren Liste stieg im Jahre 1910 mit 781 Stimmen gegen die sozialdemokratische, die nur 412 Stimmen auf sich vereinigte. Die schamlose Vergebung von Krankenkassengeldern in Essen wurde im Reichstag von Sozialdemokraten, von den Abgeordneten Hoch, Fischer, Schmidt und Hue insbesondere in den Sitzungen vom 27. und 29. Mai 1911 öffentlich gegeißelt. Und da stellt sich das Aschaffener „Amisblatt“ und nach seiner Behauptung gar ein Zentrumsabgeordneter hin und lügt die „Christen“ der Essener Ortskrankenkassenverwaltung in Sozialdemokraten um und schiebt der Sozialdemokratie in die Schuhe, was die Zentrumskasse und Christlichsozialen verbrochen haben! Ein stärkeres Schindluder treiben mit der Wahrheit ist nicht gut möglich. Dies Reizgefühl des Anstands veranlaßt denn das „Amisblatt“, in seiner nächsten Nummer ganz verkehrt ohne Fettdruck auf der zweiten Seite folgende Notiz zu bringen:

Rentant Mayer, von dem wir im gestrigen Leitartikel berichteten, ist nicht Angehöriger der sozialdemokratischen Partei. Wir stellen dies ausdrücklich fest. Die rote Partei ist ohnehin schon schwer genug auf diesem Gebiet belastet.

Dem „Aschaffener Beobachter“ mag unterdessen jemand Marge stellt haben, daß jeder, der Essener Verhältnisse kennt, nur weiß, daß Mayer Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaften ist. Diese Offenbarung der Wahrheit paßt dem edlen Zentrumskassenorgan nicht. Es schrieb deshalb in der folgenden Nummer:

Die Essener Ortskrankenkasse ist keineswegs in den Händen des Zentrums, auch nicht in den Händen der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften haben erst seit kurzer Zeit einige Vertreter in der Ortskrankenkasse und hatten keinen Einfluß weder auf die Festsetzung des Gehaltes von 11 000 Mark für den Rentant Mayer, noch auf den anderen angeführten Beschluß bezüglich der 52 000 Mark. Die Leute, die dafür in erster Linie verantwortlich sind, gehören den gelben arbeitswilligen Gewerkschaften an, die hauptsächlich von liberaler Seite gegründet und unterhalten sind. Rentant Mayer selbst ist alles andere als ein Zentrumsmann und steht politisch der Partei, welche die „Aschaffener Zeitung“ vertritt, bedeutend näher als jeder anderen.

In einer der nächsten Nummern werden wohl die christlichen Gewerkschaften, in deren Händen tatsächlich die Essener Ortskrankenkasse ist, und ebenfalls der Zentrumsmann Mayer wieder mal in Sozialdemokraten umgelogen sein.

2. Wie steht es mit dem angeblichen Vorkommnis in der Kommission? Auch in diesem Fall hat, wenn der Bericht des „Aschaffener Beobachters“ zutrifft, der Zentrumsabgeordnete Schirmer die Wahrheit verdreht und grobe Unwahrheiten in die Welt gesetzt. Zur Begründung der bekanntlich nicht Gesetz gewordenen Vorschläge Schulz und Genossen zum Einführungsgebot für die Reichsversicherungsordnung führte Ministerialdirektor Caspar an: 1. es sei ein Vertragsformular für Angestellte vereinbart, das für den Fall der Kündigung oder Entlassung eine Entschädigung von 25 Proz. der gesamten bisher von ihnen bezogenen Gehaltsbezüge vorsehe; solcher Vertrag sei von der Berliner Krankenkasse der Kaufleute gutgeheißen und abgeschlossen, 2. der Regierung sei mitgeteilt, daß sozialdemokratische Verwaltungen „national“ gesinnte Angestellte ohne Grund schleunigt entlassen wollten. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission legten bezüglich des ersten Punktes dar: ein ähnlicher Vertrag sei in der Kaufmannskasse beraten, aber nicht abgeschlossen. Auch sonst seien solche Verträge nicht abgeschlossen. Derartige Verträge würden auch, wenn sie etwa ähnlich hohe Abfindungen wie der von den christlichen Gewerkschaften im Falle Mayer abgeschlossene enthielten, ungütig sein, weil sie gegen die guten Sitten verstießen, ja vielleicht seien sie strafbar. Ungeheuerlich und aus der Luft gegriffen sei die fernere Behauptung, daß Sozialdemokraten politisch anders Gesinnte wegen dieser Gesinnung entlassen wollten. Auch solche Entlassungsschläge den guten Sitten ins Gesicht und sei deshalb nichtig. Jemanden wegen seiner politischen Gesinnung maßregeln, führte Stadthagen aus, könne unmöglich ein Sozialdemokrat. Das sei ein ganz gemeines, niederträchtiges Vergehen, dessen man vielleicht Bürgerliche gegen Sozialdemokraten, wie ja die Entrechtungsbeschlüsse beweisen, nicht aber umgekehrt für fähig halten könne.

Von den Sozialdemokraten wurde also ohne Widerspruch festgestellt, daß weder die Kaufmannskasse noch eine andere, an deren Verwaltung Sozialdemokraten beteiligt sind, Verträge, wie sie der Abgeordnete Schirmer aufzählte, abgeschlossen haben, wohl aber sei

**Stille bei der Essener, von Anhängern der christlichen Gewerkschaften** verhaltenen Klasse vorgekommen. Der Abgeordnete Schirmer aber brach nach dem „Nassauischen Beobachter“ die Wahrheit um. Weiter: Stadthagen legt dar, daß die vom Zentrum und der Reichstagsmehrheit gutgeheißen Entlassung eines Mannes wegen seiner politischen Bestimmung gemein und niederträchtig und für einen Sozialdemokraten unmöglich ist. Aber der Zentrumsgewerkschaften Schirmer läßt Stadthagen zugeben, der Vertrag, dessen Nichtabschluß von sozialdemokratischer Seite dargelegt wird, zeugt von gemeiner, niederträchtiger Bestimmung. Und das tut der Abgeordnete Schirmer, wiewohl ihm bekannt sein muß, wenn er in der Sitzung anwesend war, daß wegen dieser Kennzeichnung der bürgerlichen Mehrheit der Kommission vorgehende Schütz den Abgeordneten Stadthagen mit einem Ordnungsruf auszeichnete.

Auf die Wahlscheitlergebnisse des „Nassauischen Beobachters“ und, falls er in diesem Punkte wahrheitsgemäß berichtet, des Abgeordneten Schirmer, sind wir ausführlicher eingegangen, weil diese unehrliche Kampfweise des Zentrums zeigt, was von ihm erst im Wahlkampf zu erwarten ist.

## Aus der Frauenbewegung

### Die Mutterschaftsversicherung.

Unter den die Sozialpolitiker und Koschegler... beschäftigenden Fragen steht heute die Mutterschaftsversicherung zweifellos im Vordergrund des Interesses. Angehörige der verschiedensten Parteistellungen vereinigen heute ihre Stimmen nach mehr Mutter- und damit Kinderschutz. Sie ist eine Konsequenz unserer wirtschaftlichen Entwicklung und der durch sie bedingten ungeheuren Revolutionierung des Familienlebens, und ihre Erfüllung ist für die Kulturvölker zu einer Bedingung ihrer Existenz, der Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Wettbewerb der Völker geworden.

In früheren Zeiten war das Leben der Frau von den vier Wänden ihres Hauses eingeschlossen. Hier erfüllt sie ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter und als Leiterin der häuslichen Produktion. Durch die Entwicklung der Technik, die der Hausfrau eine nach der anderen der früher von ihr ausgeübten Tätigkeiten aus der Hand nahm, ist die Familie aus einer produzierenden in eine vorwiegend nur konsumierende Einheit verwandelt worden. Die hierdurch zum großen Teil freigesetzte Arbeitskraft der Frau und Hausfrau aber sucht nach Betätigung und Verwertung auf außerhalb des Hauses, da es auf die Dauer nicht möglich ist, daß der Familienvater allein die materiellen Lasten des Haushalts auf seinen Schultern trägt. In einer beispiellos stürmischen Entwicklung ist die Frauensarbeit in den letzten Jahrzehnten in ein Gebiet der Erwerbstätigkeit nach dem anderen eingebunden. Während bei der Berufszählung vom Jahre 1895 erst 5204303 Frauen erwerbstätig waren, waren es bei der Berufszählung vom Jahre 1907 bereits 8243498, mit Einrechnung der Dienenden sogar 9492881, 1895 waren erst 24,8 Proz. aller Frauen, einschließlich Kinder und Weisinnen, erwerbstätig, 1907 dagegen 30,37 Proz. Dabei ist die Zahl der erwerbstätigen Ledigen von 66,9 Proz. der Ledigen über 16 Jahre auf 71,9 Proz. in die Höhe gegangen, die der Verwitweten und Geschiedenen von 44,14 auf 41,12 Proz. aller gesunken, die der erwerbstätigen Ehefrauen aber von 12,04 auf 26,04 Proz. aller Ehefrauen gestiegen. 2517909, fast drei Millionen Frauen mußten im Jahre 1907 das Doppeljoch der Berufsarbeit und der Hausfrauen- und Mutterschaft tragen, ebensoviele Haushalte entbehren einer geordneten Führung, viele Millionen Kinder der Aufsicht und liebevollen Pflege einer Mutter.

Am unerträglichsten aber macht sich diese Doppelbelastung geltend in einer Zeit, in der die Natur dem Weibe besondere Leistungen auferlegt, in der Zeit der Schwangers- und jungen Mutterschaft. Der Mitbedienstet der Frau wird in jenen Zeiten erhöhter Ausgaben doppelt unentbehrlich, und so kommt es denn, daß Millionen arbeitender Frauen, statt sich vor der Entbindung die für ihre eigene Gesundheit und die normale Entwicklung ihrer Frucht notwendige Ruhe und Schonung zu gönnen, sich wünschend bis zum letzten Augenblick in der Fronarbeit abrackern, und daß sie, kaum vom Weibchen erstanden, diese Arbeit schon wieder aufnehmen, den Säugling fremden Händen überlassen.

Furchtbar sind die Folgen dieses Raubbaues, den die kapitalistische Gesellschaft an der Gesundheit derjenigen Hälfte des Menschenschafes treibt, von deren leiblicher und geistiger Frische und Kraft in erster Linie die Qualität der Nachkommenschaft, der kommenden Generation abhängig ist. Zahllos sind die Frauen, die durch Arbeit in Fabriken, durch Arbeiten der Nähmaschine, durch schwere Feldarbeit, durch Stehen am Waschtag sich schwere Unterleibsleiden zuziehen. Unzählige Säuglinge erleiden dadurch den Tod im Mutterleib. So kommen, um nur einige Zahlen zu nennen, bei den Metallschleiferinnen 53,6, bei den Tabakarbeiterinnen 50 Proz. Frühgeburten vor. Bei den weiblichen Mitgliedern der Leiharbeiter-Ordnungslasse kamen auf die Wochenbetten der freiwilligen Mitglieder, d. h. derjenigen, die einige Zeit vor der Entbindung ausstehen und sich freiwillig weiterversicherer, 2,3 Proz. Frühgeburten, auf die der Pflichtmitglieder, die also möglichst bis zuletzt arbeiten, 15,5 Proz., also fast siebenmal soviel.

Daß auch die lebend geborenen Kinder der nicht geschonten Frauen viel schwächer, mit einer viel geringeren Lebenserwartung auf die Welt kommen, als die der auf gepflegt, liegt auf der Hand. Sie können den Gefährdungen des Säuglingsalters nur ein geringeres Maß von Widerstandsfähigkeit entgegensetzen. Diese Gefährdungen aber vervielfachen sich, wenn das Kind statt der lebenspendenden Nahrung, die ihm die Natur aus der mütterlichen Brust quillen läßt, die Ernährung durch Kuhmilch oder noch schlimmer durch alle möglichen Surrogate, Kinder-Mehlpräparate und ähnlichem erhält, weil die Mutter wieder hinaus muß, um Geld zu verdienen. Die Säuglingssterblichkeit hat bei uns eine bedenkliche Höhe erreicht; sie wird, obwohl wir schon seit Jahren an ihrer Herabdrückung arbeiten, nur noch von der des halbbarbarischen Rußland und Oesterreichs übertroffen. Dabei ist es fast ausschließlich festzustellen, daß einerseits die Kinder der Arbeiter, andererseits die künstlich ernährten Kinder eine weit größere Sterberate aufweisen, als die Kinder der Wohlhabenden und dergleichen, die möglichst lange mit Muttermilch versorgt wurden. So haben nach den Aufstellungen des Direktors des Bremer Statistischen Amtes in den von armen Leuten bewohnten „Ganghäusern“ und Höfen 23,6 Proz. der Kinder unter einem Jahre, in den Stadtteilen des Mittelstandes 9,1 Proz. und in denjenigen der Wohlhabenden 4,9 Proz. Noch langfristigen Verrechnungen ist die Sterblichkeit der Pfaffenkinder ungefähr dreimal so groß, wie die der Arbeiterkinder. Noch weit höher aber häuft sich der Berg des Elends und Jammers über der unehelichen Mutter und ihrem Sproßling.

Das alles sind Tathaten, die mit ungeheurem Wucht die Forderung: Schützt die Mutter, schützt das ungeborene Kind in ihrem Leibe, schützt den Säugling, zu einer Forderung der Selbstbehaltung und Selbstbehauptung machen. Anlässe zu diesem speziellen Mutterdienst, der sich dem allgemeinen Arbeiterschutz an- und anzuschließen hat, existieren bei uns schon seit längerer Zeit, sowohl auf gesetzlicher, als auch auf der Basis der privaten Initiative. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1908 sah für diejenigen weiblichen Versicherten, die mindestens ein halbes Jahr der Klasse angehören, eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes bis zu sechs Wochen nach der Niederkunft vor. Auch konnte diese Unterstützung auch auf Ehefrauen der Klassenmitglieder ausgedehnt werden. Eine Schwangerenunterstützung war fakultativ vorgesehen, davon jedoch nur sehr selten Gebrauch gemacht wurde. Der Bund für Mutterschutz sucht schwangeren Frauen und jungen Müttern durch Rat und Tat behilflich zu sein: die Gründung von Mütterheimen bildet einen der Hauptpunkte seines Programms. Eine Anzahl von Kommunen haben sich schon um den Mutter- und Säuglingschutz Verdienste erworben durch die Errichtung von Entbindungsanstalten, Unterstützung an Schwangere, Gewährung von

Stillprämien, Abgabe guter Kindertisch, Stellung von Hauspflegerinnen. Die seit 1902 entstandenen Hauspflegervereine widmen sich mit gutem Erfolg speziell dieser Aufgabe.

Die neue Reichsversicherungsordnung sieht eine nur minimale Erweiterung des gesetzlichen Mutterdienstes vor, die weit hinter dem zurückbleibt, was von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei und selbst von den freisinnigen gefordert wurde. Der Kreis der zu Versicherenden wurde auf alle Lohnarbeitenden Frauen mit einem Einkommen von weniger als 3000 M., also auch auf die Dienstmädchen, die landwirtschaftlichen und die Heimarbeiterinnen ausgedehnt, wodurch sich die Zahl der Versicherten von 8,5 auf 8,8 Millionen hob. Die Frauen der Arbeiter sind nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen. Die Zeit der obligatorischen Wöchnerinnenunterstützung wurde auf 3 Wochen beschränkt, bei den landwirtschaftlichen Arbeiterinnen sogar auf vier Wochen, die Gewährung von Schwangerenunterstützung von Arzt, Hebammen und Kranen sowie dem Stillgeld in das freie Belieben der Klassen gestellt. Wie es mit diesen freiwilligen Leistungen nach der Entziehung des Selbstverwaltungsrechtes der Krankenkassen aussehen wird, kann sich jeder selbst ausmalen.

So ist denn die gegenwärtige Regelung der Materie eine derartige, daß sie nicht annähernd den bescheidensten Wünschen genügt und zu einer baldigen neuen Behandlung drängt. Für diese dürfte ein soeben im Verlage von Fischer-Jena erschienenen Buch: „Die Mutterschaftsversicherung“ von Henriette Fürth außerordentlich wertvolle Grundlagen bilden. Die Verfasserin fordert eine Ausdehnung der Versicherung auf alle Volksgenährigen mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. (auch die Unverheirateten sollen beisteuern), Gewährung einer Schonzeit von vier Wochen für Schwangere und 6 bis 8 Wochen für Wöchnerinnen, innerhalb deren sie eine dem vollen Lohn entsprechende Entschädigung beziehen, unentgeltlicher Gewährung von Arzt, Arznei und Hebammen, Stellung einer Hauspflegerin, Anrecht auf Anstaltspflege für Frauen, die kein eigenes Heim haben, aber bei denen aus anderen Gründen die Entbindung zu Hause nicht opportun erscheint, endlich Gewährung von Stillprämien für die Dauer von 26 Wochen nach der Geburt.

Die Gesamtkosten dieser Einrichtungen veranschlagt Henriette Fürth auf 908,5 Millionen Mark, und zwar entfallen davon 70 Millionen auf Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, 48,5 auf Hauspflege, Hebammen, Arzt, Arznei und 65 Millionen auf Stillprämien. Bezüglich der Wöchnerinnenunterstützung ist noch zu bemerken, daß die Verfasserin nur der wirklich einen Lohn entziehenden erwerbstätigen Frau eine derartige Unterstützung zuteil werden lassen will, während die Hausfrau auf die sonstigen Vorteile der Mutterschaftsversicherung beschränkt bleiben soll, eine Auffassung, gegen die sich auch sehr geistreiche Gegengründe geltend machen lassen.

Die Auslandskasse des Bundes für Mutterschutz, Wilmersdorf, Trautenaustroße 20, wird nach wie vor von den zahlreichen pflichtbewußten Frauen lebhaft in Anspruch genommen. Dabei sind Zuwendungen von Lebensmitteln, Kinderwäsche, Wäsche und Kleiderstoffen stets sehr erwünscht. Sprechstunden sind täglich von 9 bis 1 Uhr vormittags, außerdem: Dienstag und Freitag abend von 7 bis 9 Uhr.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Steglich, Freitag, den 28. Juli, Ausflug mit Kindern nach dem Grunewald (über Dahlem), Treffpunkt 1 Uhr in Steglich, Wannseebahnhof, Mütter, die verhindert sind mitzugehen, wollen ihre Kinder allein schicken, mit Proviant versehen.**  
**Dienstag, den 1. August, Ausflug nach Behndorf: Gemütsliches Kaffeelocher bei Wlth. Rief, Gesellschaftsraum, Karlstraße 12. Für Nachzügler bis 4 Uhr im Lokal. Treffpunkt 1 Uhr am Wannseebahnhof Steglich (an der Gefängnisabteilung).**

## Gerichts-Zeitung.

### Zu turbulenten Egenen im Gerichtssaal

Kam es in einer Verhandlung vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts II. Aus der Untersuchungsbast wurde der Arbeiter Rudolf Zimmer vorgeführt, um sich wegen Stillschleifersverbrechens im Sinne des § 170,3 St.-G.-B. zu verantworten. Der Angeklagte, welcher schon wegen Stillschleifersverbrechens verurteilt ist, war in einer Ringkämpferbude auf dem Rummelplatz in der Lindenstraße angefaßt. Am 15. Mai d. J. lockte er zwei Schulmädchen an sich und verschleppte sie in die Bude, wo er sich an ihnen verging. Der Staatsanwalt beantragte eine Inhaftstrafe von 3 Jahren. Während der Beratung des Gerichts ergriß der Angeklagte die vor ihm auf dem Verleibgericht liegende Aktentasche des ihm als Offizialvertreter gestellten Referendars und versuchte diese nach dem Standesamt zu schleudern. Zugleich machte er Miene, über die Schranke der Anklagebank hinwegzulaufen. Durch das schnell entlassene Zugreifen des Gerichtsdieners Schmidt I konnte jedoch Unheil verhütet werden. Zwischen dem Gerichtsdienere und dem Angeklagten entspann sich in der Anklagebank ein wütender Kampf. Endlich gelang es mit Hilfe eines hinzukommenden Gefangenenaufsehers den Lebenden zu bändigen. Das Urteil lautet dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Jahre Zuchthaus.

### Ein Mann mit zwei Frauen

hatte sich gestern in der Person des Schulmeisters und Landarbeiters Carl Wötcher unter der Anklage der Bigamie vor der Ferienkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte, welcher aus dem Arbeitshause in Strausberg vorgeführt wurde, ging im Jahre 1890 zum ersten Male eine Ehe ein, die aber nur von kurzer Dauer war, da er sich mit seiner Schwiegermutter nicht vertragen konnte. Einmal schönen Tages ging der Angeklagte auf und davon. Er ernährte sich als Landarbeiter. Er war, wie er vor Gericht angab, darüber traurig, daß den übrigen Arbeitern von ihren Frauen das Essen gebracht wurde, während er sich erst am Abend das Essen selbst kochen mußte, da er keine Frau hatte. Lediglich dieser Punkt habe ihn dazu veranlaßt, sich so schnell wie möglich wieder zu verheiraten, damit er sich nicht selbst das Essen kochen mußte. — Tatsächlich ging der Angeklagte eine zweite Ehe ein, wobei er wahrheitsgemäß nicht verheiratet zu sein. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß ihm geschlo worden sei, eine Ehe sei ungültig, wenn man fünf Jahre von seiner Frau fort sei. Das Gericht konnte diese neue Art von „Verjährung“ jedoch nicht gelten lassen. Es verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von 6 Monaten Gefängnis.

### Stellenvermittlungsinserate.

Nach § 8 des Stellenvermittlungsgesetzes vom 2. Juni 1910 können die Landeszentralbehörden weitere Bestimmungen über den Umfang der Leistungen und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler erlassen. Auf Grund dieser Ermächtigung sind in Preußen die Vorschriften des Handelsministeriums vom 18. August 1910 erlassen. Ihr § 7 Abs. 2 lautet im ersten Satz: „In den Anzeigen dürfen nur Angaben darüber enthalten sein, daß und für welche Zwecke die Stellenvermittlung stattfindet.“ Auf Grund dieser Bestimmungen in Verbindung mit § 13 des Gesetzes von 1910 wurde das Strafverfahren gegen eine Stellenvermittlerin in Halle a. S. eingeleitet. In zweiter Instanz erkannte die Strafkammer auf Freisprechung. Nach ihrer Freisprechung hat die Angeklagte in der Zeitung (General-Anzeiger) eine Anzeige erlassen, nach der Mädchen nach Leipzig so und so viel Mark, Mädchen nach Berlin 300 M. usw. erhalten. Die Strafkammer betonte, daß die Anzeige in Ausführung bestimmter Auffträge ergangen sei. Die Anzeige sei nicht geeignet, Rufschand zu machen, sondern den Kreis der Stellenvermittlerin enger zu begrenzen. Die Staatsanwaltschaft folgt dem Urteil der Straf-

kammer mit der Revision an. Dem Antrage des Vertreters des Generalstaatsanwalts gemäß hat das Kammergericht es jetzt aufgehoben und die Angeklagte zu 1 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht führte aus, daß es nicht darauf ankomme, ob die Anzeige im marktschreierischen Tone gehalten, auch nicht, ob sie im Auftrage von Herrschaften erlassen sei. Die Anzeige verstoße gegen den ersten Satz des § 7 Absatz 2 des Stellenvermittlungsgesetzes, wenn in ihr die Geldsumme, zu der Mädchen verlangt würden, angegeben sei.

**Witterungsübersicht vom 26. Juli 1911.**

Station	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Station	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Strasburg	762,50	8 malig	20	Caparanda	768,50	2 heftig	16		
Nürnberg	762,00	2 halb st.	18	Petersburg	765,50	1 halb st.	15		
Breslau	761,50	halb st.	20	Sofia	758,50	4 malig	17		
Krakau a. R.	761,00	1 halb st.	21	Berlin	759,50	1 malig	19		
Wien	762,00	1 malig	24	Wars	760,00	2 heftig	19		

**Wetterprognose für Donnerstag, den 27. Juli 1911.**  
Sehr warm und schön, stillschwebend, aber veränderlich bei meist klaren lässlichen Wüden, und fortwährend Gewitterneigung.  
Berliner Wetterbureau.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Begriff 100.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Heinrich Tintz** Waldemarstr. 37 gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rigdort, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim Bezirk Lichteuberg.**  
Nachruf!  
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kupfer-  
schmied **Max Walter** Sophienstraße 9, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
14/9 Die Bezirksleitung

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinen-  
arbeiter **Heinrich Tintz** am 24. Juli gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rigdort, Hermannstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Freitag, den 21. Juli, verstarb unser Mitglied, der Gummi-  
arbeiter **Artur Blum** durch Explosion in der Gummiabfertigung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Weihenstephaner Friedhofes, Rigdortstraße 47/61, aus statt.  
Die Beerdigung des zweiten Opfers der Katastrophe, der Gummiarbeiter **Otto Pritzkow** findet am Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Weihenstephaner Friedhofes in Hagen, Hagenstraße, Rigdort, Berliner Straße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
63/19 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Todes-Anzeige.  
Am 25. Juli verstarb unser Genosse, der Invalid **Paul Teichmann** Flugstr. 5.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am Mittwoch verstarb nach langem, schwerem Leiden mein innigst geliebter Vater, der Antiquar **Hermann Kühn** im 65. Lebensjahre.  
**Agnes Kühn, Wiener Str. 18.**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeigen.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Paul Teichmann** am 25. d. M. an Lungenerleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Großvaters sagen wir allen unseren besten Dank.  
**Paul Schmidt und Frau** Elstra geb. Klogner  
50643 und Aniel.

Reiner starb unser Mitglied, der Quäker **Ernst Schmidt** am 24. d. M. an Lungenerleiden.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise untrügender Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank.  
Berlin, 26. Juli 1911.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Witwe Peste** und Kinder.

**Spezial-Arzt für Haut- und Halsleiden**  
**Dr. Popke.** Rosenthaler Str. 70  
Von der Reise zurück (50662)  
**Dr. Moses,** pr. Arzt, Eiberfelder Straße 17.

**Warnung vor Betrug!**  
Meine Packung ist nur echt mit der Aufschrift:  
**Dr. Landmann's Messer-Putzpulver.**  
Unter 10 St. Streichhölzer 20 und 50 St. nur echt in Original-Packung in allen besseren Geschäften zu haben.  
Dr. L. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 21









Parteigenossen! Sichert Euch durch Einsichtnahme in die Gemeindegewählerliste Euer Wahlrecht.

Partei-Angelegenheiten.

Versammlung in der Neuen Welt.

Auf die morgen, abends 8 Uhr, stattfindende Versammlung in der Neuen Welt, Hasenheide, machen wir noch besonders aufmerksam und ermahnen die Gewerkschaftsmitglieder sowie die Anhänger der Partei, für regen Besuch zu wirken.

Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission. Aktions-Ausschuss.

Hohen-Schönhausen. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Neuber eine außerordentliche Generalversammlung des Bezirks statt. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindegewahl; Bericht von der Kreisgeneralversammlung; Vereinsangelegenheiten.

Vorsigwalde. Heute Donnerstag, abends Punkt 9 Uhr: Extrazahlabend in den Vorsigwalder Festsälen.

Berliner Nachrichten.

Wo stehen Briefmarkenautomaten.

Automaten für Postwertzeichen hat die Reichspost neuerdings in größerer Zahl aufstellen lassen. Die Verwaltung will davon weniger eine Ersparnis durch die Entlastung der Schalterbeamten erzielen, als der Bequemlichkeit des Publikums dienen. Die Automaten werden an vielbesuchten Stellen aufgestellt, die meist fast ohne Unterbrechung zugänglich sind. Zum Schutz dieser empfindlichen Apparate gegen die Witterung werden Hallen und Gebäude bevorzugt, Bahnhöfe, Gerichtsgebäude, sogen. Passagen usw. In Berlin sind jetzt weiter an folgenden Plätzen Briefmarkenautomaten aufgestellt worden: auf dem Bahnhof Alexanderplatz im Raum der Fahrkartenschalter für den Fernverkehr, auf dem Bahnhof Friedrichstraße im Raum der Fahrkartenschalter für den Fernverkehr und am südlichen Ausgang in der Georgenstraße, auf dem Schlesischen Bahnhof in der Empfangshalle am Platz beim Schlesienschen Bahnhof, auf dem Bahnhof Gesundbrunnen am nördlichen Eingang, auf dem Stettiner Bahnhof in der Bahnsteighalle; auf dem Görlitzer Bahnhof in der Bahnsteighalle; auf dem Anhalter Bahnhof in der Empfangshalle und im Wartesaal 3. Klasse; auf dem Potsdamer Bahnhof in der Bahnsteighalle vor dem Eingang zum Wartesaal 1. und 2. Klasse; auf dem Bahnhof Charlottenburg an der Nordseite im Vorraum zur Empfangshalle und an der Südseite am Eingang von der Servinusstraße her; im Zivilgerichtsgebäude Neue Friedrichstraße 12-15; im Gerichtsgebäude Alt-Moabit Nr. 11 und im neuen Kriminalgerichtsgebäude Lützowstr. 89/93. Wie wir berichtet hatten, wurden schon früher Automaten aufgestellt in der Alexanderplatzpassage, in der Handelsstraße, in der Brunnenstraße, im Passage-Kaufhaus, im Zivilgerichtsgebäude in der Brunnenstraße und im Kammergerichtsgebäude. Überall steht ein Satz von drei Apparaten zur Ausgabe von Briefmarken zu 5 und 10 Pf. sowie von Postkarten zu 5 Pf.

Der gefährdende Brand in den Räumen der Vitastope-Gesellschaft, Friedrichstraße 22, hat die Feuergefährlichkeit der Räume und andern aus Zelluloid hergestellten Gegenständen wieder deutlich vor Augen geführt. Wie bei ähnlichen Brandkatastrophen ist auch diesmal eine Untersuchung eingeleitet worden, welche in Abwesenheit des Dezenten, Geheimen Baurats Grafmann, der Regierungs- und Baurat Schneider leitet. Es hat sich dabei herausgestellt, dass die vor einigen Jahren von dem Ministerium des Innern aufgestellten Grundzüge für die gewerbliche Überwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren und der dazu gehörigen Lagerräume (sog. Lagerhäuser) keine Feuerprobe bestanden haben und die vielfach gegen einzelne dieser „schwarzen“ Bestimmungen erhobenen Beschwerden hinsichtlich sind. Diese Grundzüge verlangen nämlich, dass die Betriebsstätten beim Lagerhäuser (die für mehr als 50 Kilogramm Zelluloid dienen) nicht unter bewohnten oder zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen eingerichtet werden dürfen, und dass jeder derartige Raum mit zwei nach verschiedenen Seiten gelegenen Ausgängen versehen sein muss, von denen aus man zu je einer feuergefährlichen Treppe in einem massiven, abgeschlossenen Treppenhause gelangen kann. Die oberen Räume müssen wenigstens mit einem Fluchtwege, der bei einem Brande nicht gefährdet werden kann, versehen sein. Außerdem sind massive Wände, rauch- und feuersichere Türen usw. vorgeschrieben und sehr ins Einzelne gehende Bestimmungen regeln die Lüftung, Heizung, Belüftung usw. dieser feuergefährlichen Räume. Die letzte Entzündbarkeit des Zelluloids erfordert sogar eingehende Betriebsvorschriften, durch welche nicht allein offenes Licht, Raucher usw., sondern sogar das Mitführen von Zündhölzern streng verboten ist. Die Gesellschaft beabsichtigte ursprünglich, ihre Vorräte im vierten Stockwerk zu lagern; dies wurde aber infolge Beanstandung durch die Revierpolizei für Kontorzwecke eingerichtet und das Dachgeschoss als Lageraum genehmigt. Hätte man den letzteren in einem tiefer gelegenen Stockwerk zugelassen, so wären bei dem letzten Brande die über diesen arbeitenden Personen wohl schwerlich mit dem Leben davongelommen, denn die leicht entzündliche Masse verbreitet explosionsartig mächtige Stichflammen und so giftige Gase, dass die Rettung von Menschen aus einem solchen Flammenmeer gänzlich ausgeschlossen erscheint. Mit Eisen haben die Erfinder sich in neuerer Zeit daran gemacht, eine dem Zelluloid ähnliche Masse, die ebenfalls durchsichtig, leicht und schmelzbar, aber weniger feuergefährlich ist, herzustellen; indes hat sich die Sicherheitspolizei bisher nicht veranlaßt gesehen, jene als „zu scharf“ bezeichneten Vorschriften auch nur in einem Punkte abzuändern.

Holgerschwere Gewitter

Sind gestern abend über Berlin und die Umgebung niedergegangen. Das Unwetter hat wohl die feindlich erwartete Abkühlung gebracht, aber auch ganz bedeutende Schäden verursacht. Nicht weniger als drei Gewitter brachen in der achten Stunde mit elementarer Gewalt los. Vom fernem Westen, vom Osten und Nordosten zogen die dahenden Unwetter heran, und kurz vor acht Uhr setzte der Donner ein. Ein furchtbares Krachen folgte dem anderen, und Blitze zuckten unaufhörlich auf. Ein wolkenbruchartiger Regen begleitete das Unwetter, und dabei herrschte ein gewaltiger Sturm, der die Regenmassen in der Luft peitschte. Deutlich konnte man beobachten, wie die Regenstriche durch die Nacht des Orkans ganze Strecken fortgezogen

wurden. Die Niedergänge waren so enorme, daß bald zahlreiche Straßen überschwemmt waren. An vielen Stellen fluteten die Wassermengen über die Bürgersteige hinweg und drangen bis in die Kellernwohnungen. Die Wassermassen drangen in die tiefer gelegenen Lokalitäten ein und richteten stellenweise Verwüstungen an. In der Yorckstraße standen die Wassermassen über einen halben Meter hoch, und die steil auflaufende Nachbachstraße ergossen sich die Fluten wie ein stürzender Bach hinunter. In einer ganzen Reihe von Fällen wurde die Feuerwehre alarmiert, um bedrängten Kellerbewohnern zu Hilfe zu eilen. In der Grünhaldenstraße, am Straußberger Platz und in der Invalidenstraße standen eine ganze Anzahl von Kellern unter Wasser.

Der Blitz schlug an zahlreichen Stellen ein. So traf ein Blitzstrahl einen Straßenbahnmast in der Brunnenstraße. Eine mächtige Flamme schlug empor und raste senkrecht in die Tiefe. Mehrfach traf der Blitz auch Bäume und spaltete sie mitten durch. In der Jägerstraße brach während des Gewitters ein unbekannter Mann, der anscheinend vom Blitz getroffen worden war, plötzlich benimmungslos zusammen.

Auch in den Vororten hat das Gewitter arg gehaust. Es kam vielfach zu Überschwemmungen, wobei besonders die östlichen Nachbarorte in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Umgegend von Köpenick, Oberschöneweide und Erkner schlug der Blitz mehrfach in Gebäude ein. Ein bei Treptow vor Anker liegender Satteln wurde gleichfalls vom Blitz getroffen, wobei zwei Bootsmänner betäubt wurden. In mehreren Ortschaften wurden Schuppen zerstört und erhebliche Getreidevorräte vernichtet. Mächtige Strommieten, die auf freiem Felde standen, wurden angezündet und vollständig eingestürzt.

Aufgeklärter Leichensfund.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes ist der 42 Jahre alte Magistralbureauassistent Otto Sternbed, der bei dem hiesigen Magistrat angestellt ist und in Dahlem wohnt, verhaftet worden. Er ist geständig, seine Ehefrau getötet zu haben, behauptet aber, daß er nicht mit Vorbedacht und Ueberlegung, sondern im Affekt gehandelt habe. Ein geheimnisvoller Leichensfund beschäftigte seit dem 26. September v. J. die Kriminalbehörden. An jenem Tage wurde etwa zwei Kilometer von Frankfurt a. O. die Leiche einer unbekanntem Frau, die nur mit Nachtschleier und Hemd bekleidet war, in der Nähe des Ufers in der Oder aufgefunden; um den Hals war ihr ein etwa 1 Zentimeter starker Strick fest zugezogen. Nach der Obduktion war anzunehmen, daß die Frau erst niedergeschlagen und betäubt, dann gewürgt und im Zustande der Bewußtlosigkeit mit dem Strick erdrosselt worden war. Alle Bemühungen, die Person der Toten festzustellen, blieben vergeblich. Erst jetzt ist es der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Die Tote ist die Ehefrau des aus Klitten gebürtigen Magistralbureauassistenten Otto Sternbed, der damals zu Dahlem in der Alten Steinstraße 62 wohnte und von dort nach der Dorfstraße umzog. Die Ehe des Paares, aus der ein 18 Jahre alter Sohn und ein 2 1/2 Jahre altes Zwillingenpaar hervorging, war unglücklich. Die Eheleute hatten sich schon einmal getrennt, waren aber doch wieder zusammen gekommen. Sternbed behauptet, daß seine Frau ihn untreu gewesen sei.

Seit dem 26. September vorigen Jahres war Frau Sternbed verschwunden. Ihr Mann erzählte, sie habe ihn verlassen und unter ihrem Mädchennamen in einem Geschäft eine Stellung als Direktrice angenommen. Das sollte bald in Breslau, bald in Leipzig sein. Der Hauswirt in der Altensteinstraße erhielt dann einen Brief, der mit dem Namen der Frau Sternbed unterzeichnet war. Diese schrieb ihm, daß sie von ihrem Manne weggegangen sei. Sie sei doch schlauer als er, er werde sie nicht finden. Als vernicht meldete Sternbed seine Frau nicht an. Ihre Verwandten aber suchten sie unablässig und endlich stellte die Kriminalpolizei fest, daß die Tote von Frankfurt Frau Sternbed ist.

Sternbed wurde vorgestern in seiner Wohnung verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er bestritt, von dem Aufenthalt seiner Frau etwas zu wissen, erzählte wieder, daß sie irgendwo Direktrice sein solle und sprach auch von dem Briefe, den der Hauswirt bekommen habe. Als man ihm die Photographie der Leiche vorlegte, erkannte er seine Frau gleich wieder. Auf die Frage, weshalb er sie nicht als vermißt angezeigt habe, erwiderte er, daß er sich nicht um seine Frau gekümmert habe, weil sie ihm untreu gewesen sei. Die Kriminalpolizei kam durch ihre Nachforschungen unterdessen dahinter, daß Sternbed seine Frau in der Wohnung umgebracht und mit dem Kinderwagen weggeschafft habe. Sie holte den Kinderwagen aus der neuen Wohnung nach dem Präsidium und schob ihn während der Vernehmung Sternbeds plötzlich in das Zimmer. Jetzt brach der Mann zusammen und gestand, daß er seine Frau am 25. September, als er sie zur Rede stellte, im Affekt umgebracht habe. Seiner Darstellung nach stellte er seine Frau zur Rede und trat ihr bei der Auseinandersetzung in die Hausstube, so daß sie hilflos und bewegungslos liegen blieb. Aus Furcht vor Strafe wollte er dann einen Selbstmord vortäuschen und legte der Frau, die er für tot hielt, einen Strick um den Hals. Nachdem er die Kinder ferngehalten hatte, packte er die Leiche in einer Decke in einen Korb, ließ diesen durch einen Mann von der Straße abends aus dem Hause schaffen, brachte ihn in dem Kinderwagen nach der Bahn und fuhr nach Klitten, warf die Leiche dort von einer Brücke ins Wasser und fuhr mit dem Kinderwagen nach Berlin zurück.

Sternbed wird der Staatsanwaltschaft vorgeführt und zwar wegen Mordes.

Ein Stadtverordneter in Strausberg verschwunden. Großes Aufsehen erregt in Strausberg an der Ostbahn das Verschwinden des Stadtverordneten Hugo Wellmann, der sich seiner bevorstehenden Verhaftung wegen eigenartiger Operationen mit Münzelgeldern und anderer Straftaten durch die Flucht entzogen hat. Wellmann, der seit zehn Jahren Stadtverordneter in Strausberg ist, hat im kommunalen Leben eine große Rolle gespielt.

Zur Liebesdrangsalie in der Jungfernhöhe. In das Dunkel, in das bisher die Persönlichkeiten der beiden Lebensmädchen gehüllt war, ist nunmehr einiges Licht gekommen. Am gestrigen Nachmittag hat sich bei der Polizei der Inhaber des Fremdenlogis „Zum Großbeerenplatz“, der Restaurateur Gustav Jaensch aus der Großbeerenstr. 96, gemeldet, der aus der veröfentlichten Beschreibung der Toten glauben annehmen zu können, daß die Unbekannten mit einem angeblichen Ehepaar Lang aus Chemnitz identisch seien, das am

Sonntag in seinem Gasthof Wohnung genommen hatte. Diese Annahme hat sich bei der statigehabten Besichtigung der Leichen auch bestätigt. Die Verstorbenen sind der Schlosser Paul Lang aus Chemnitz und dessen angebliche Ehefrau. Das Paar war am Sonntag gegen 1 Uhr mittags bei Jaensch erschienen und hatte sich sofort nach dem Zimmer begeben. In das Fremdenbuch trugen sich die Gäste als Paul Lang und Frau aus Chemnitz ein. Um 4 Uhr nachmittags entfernten sich beide aus dem Hotel, angeblich, um das Gepäck vom Bahnhof zu holen. Von diesem Ausgange ist das Paar nicht mehr zurückgekehrt. Ob die Personalangaben der Toten dem Birte gegenüber richtig sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die beiden sind jedoch, nach dem Dialekt ihrer Sprache zu urteilen, bestimmt Sachsen. Bei der Chemnitzer Kriminalpolizei, die von der Resolutionsregierung der Leichen sofort telegraphisch benachrichtigt worden ist, ist das Verschwinden eines Ehepaares Lang bisher nicht gemeldet worden.

Beim Besteigen eines fahrenden Straßenbahnwagens schwer verunglückt ist gestern abend gegen 7 Uhr die 36 jährige Ehefrau Wilhelmine des in der Mariusstraße 16 wohnenden Kaufmanns Vorgemann. Frau V. wollte an der Ecke der Brumen- und Anklamer Straße auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 35 aufspringen, glitt ab und kam zu Fall. Die Verunglückte erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterarms, eine Kopfverwunde und erhebliche Hautabschürfungen an den Beinen. Sie wurde nach der Unfallstation in der Eichenborfstraße und von dort auf ihren Wunsch nach der Wohnung übergeführt.

Arbeitende Jugend Berlins!

Der Jugendausschuss für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 30. Juli 1911, Gruppenpartien.

Gruppe Norden: Partie nach dem Grunewald, Ostel-Toms Hütte. Treffpunkte 7 Uhr: Ralplaquestraße, Ecke Kazarethkirchstraße, Rettelbedplatz (Normaluhr), Wabstraße, Ecke Schwedenstraße (Normaluhr). Fahrgeld 40 Pf.

Gruppe Rosenthaler Vorstadt: Partie nach Franz-Buchholz, Schönerrinde, Schönwalde, Vorkasse. Treffpunkte 7 Uhr: Pappelplatz, Gartenplatz (Tunnel), Erknaplatz, Sietaplatz (Normaluhr), Gustav-Reyer-Allee (Normaluhr). Fahrgeld 30 Pf.

Gruppe Schönhauser Vorstadt: Partie nach Saabwintel. Treffpunkte 7 Uhr: Bahnhof Schönhauser Allee, Danziger, Ecke Weisenburger Straße, Greifswalder, Ecke Eibinger Straße. Fahrgeld 30 Pf.

Gruppe Roabit: Spiel- und Badepartie nach Friedrichshagen-Palmsdorf. Treffpunkte 7 Uhr: Turm, Ecke Stromstraße, Wald-, Ecke Turmstraße, Rosfelder, Ecke Huttenstraße. Fahrgeld 40 Pf.

Gruppe Süd-Südwest: Partie nach Halensee-Schildhorn. Treffpunkte 7 Uhr: Moritzplatz, Höhenstaufenplatz (Normaluhr). Fahrgeld 30 Pf.

Gruppe West-Südwest: Partie nach Tegel-Heiligensee-Stolpe. Treffpunkte 7 Uhr: Gneisenau, Ecke Belle-Alliance-Straße, Hüllow-, Ecke Hohenstraße. Fahrgeld 30 Pf.

Gruppe Südosten: Partie nach den Müggelbergen. Treffpunkte 7 Uhr: Görlitzer Bahnhof, Sächsisches Tor, Lausitzer Platz (Kirche), Mariannenplatz (Denkmal). Für Nachzügler bis 2 Uhr: Restaurant Müggelheim. Fahrgeld 30 Pf.

Gruppe Osten: Partie nach dem Grunewald-Schlafenssee. Treffpunkte 7 Uhr: Weidenweg, Ecke Bornsdorfer Straße, Küstriner Platz (Normaluhr), Alexanderplatz (Verolina), Samariterstraße, Ecke Frankfurter Allee, Valtentplatz (Normaluhr). Fahrgeld 40 Pf. Für Spielgelegenheiten ist gesorgt. Die Teilnehmer werden gebeten, in möglichst leichter Kleidung zu erscheinen, sich mit Proviant zu versehen und die Lieberbücher nicht zu vergessen.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind vom Jugendausschuss zu diesen Ausflügen freundlichst eingeladen.

Drei größere Brände beschäftigten die Berliner Feuerwehr gestern früh in der Frankfurter Allee 31, Rositzstraße 30 und in der Alten Jakobstraße 52. In der ersten Stelle stand ein Pferdebestall, an der zweiten der Krodensboden einer Wäscherei und an der letzten eine Wohnung in erheblicher Ausdehnung in Flammen. An allen drei Orten bedurfte es längerer Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen. — Ein Waldbrand entstand gestern vormittag zwischen Spindlersfeld und Nieder-Schöneweide. Durch das rechtzeitige Erscheinen der Feuerwehren konnte das Feuer aber auf einen kleinen Komplex beschränkt werden.

Der Arbeiter-Schwimmverein „Vorwärts“, Berlin, hält am Sonntag, den 30. Juli, sein diesjähriges großes Sommerwimmfest im Seebad Wilhelmruh bei Reinickendorf, Kronprinzenstr. 2 ab. Beginn nachmittags 4 Uhr. Fahrverbindungen: Straßenbahnlinien 32, 35, 36, 37 und 41 bis Ropenhagenener Straße (Reinickendorf); Stettiner Bahn, auch Gesundbrunnen, also Nordringanschluß bis Station Reinickendorf-Rosenthal. Reges Beteiligung seitens der Parteigenossen wird gewünscht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, San Berlin. Beim Sängerefest am Sonntag, den 23. Juli, im Schloß Weihensee, ist ein silbernes Armband mit Medaillon (Frauenkopf) verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Mertens, Weihensee, Charlottenburger Str. 22, abzugeben. Gefunden wurde ein kleines Portemonnaie und Taschentuch. Abzuholen bei Julius Steffens, NO. 10, Langenbeckstr. 5, Quergebäude I.

Verloren. Am Montagabend oder Dienstag früh wurde ein Geldbeutel von Stoff von einem Vertrauensmann des Buchbinderverbandes auf dem Wege vom Bahnhof Frankfurter Allee bis Schlesischen Bahnhof oder bis Gewerkschaftshaus mit circa 82 Mark Inhalt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben im Gewerkschaftshaus, Engelcluser 15, II, Zimmer 30/40 abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Rixdorf hielt am Dienstagabend in Goppes Festsälen, Hermannstraße, seine Generalversammlung ab. Die gedruckten Jahresberichte des Vorstandes usw., die zur Verteilung gelangten, werden erst in der nächsten Versammlung besprochen werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhten die Anwesenden das Andenken von 34 verstorbenen Genossen und Genossinnen in der üblichen Weise. Die Generalversammlung beschloß sich dann in erster Linie mit dem Parteitag in Jena. Das Referat hatte Genosse Alfred Scholz übernommen, der den kommenden Parteitag begrüßte als ersten Aufmarsch der Partei zu den nächsten Reichstagswahlen. Er besprach dann die Anforderungen der Regierung, eine zugkräftige Wahlparole zu schaffen, ferner die Stellung des Preisfests, von dem der Redner verlangte, daß er unbedingt den Zug nach links mitmachen müsse, sonst könnte er unsere Unterstützung nicht finden. (Bravo!) Auch die Wahlreform in Preußen werde bei der Reichstagswahl eine große Rolle spielen und dürfe nicht aus den Augen gelassen werden. Der Referent erörterte dann einzelne Fragen, die den Parteitag beschäftigen werden, die Frage der

